

Marcus Llanque

---

Demokratisches Denken im Krieg

---

---

## Herausgegeben von Herfried Münkler

---

Die politische *Ideengeschichte* hat seit dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, der Transformation der Gesellschaften Mittel- und Osteuropas, aber auch mit den seit dem Wegfall des klassischen Gegenbildes dringender gewordenen Fragen nach Werten und Zielen der westlichen Demokratien, nach der Möglichkeit von Gemeinwohlorientierungen usw. neue Bedeutung gewonnen. Gibt es in dem zunehmend differenzierten und segmentierten Fach Politikwissenschaft einen Bereich, in dem die verschiedenen Fragestellungen und Ansätze zusammengeführt werden, so ist dies die Geschichte der politischen Ideen sowie die politische Theorie. Insbesondere die politische Ideengeschichte erweist sich dabei als *das* Laboratorium, in dem gegenwärtige politische Konstellationen gleichsam experimentell an den Theoriegebäuden vergangener Zeiten überprüft, durchdacht und intellektuell bearbeitet werden können. Eine so verstandene politische Ideengeschichte ist gegenwartsbezogen, auch wenn sie sich den aktuellen politischen Problemen nur mittelbar zuzuwenden scheint.

Diese Reihe ist ein Ort für die Publikation solcher Studien. Sie veröffentlicht herausragende Texte zur politischen Ideengeschichte und zur politischen Theorie.

Marcus Llanque

---

# Demokratisches Denken im Krieg

---

Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg



Akademie Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Llanque, Marcus:**

Demokratisches Denken im Krieg : die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg /

Marcus Llanque. – Berlin : Akad. Verl., 2000

(Politische Ideen ; Bd. 11)

Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 1997

ISBN 3-05-003517-X

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 2000

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck: GAM Media, Berlin

Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza

Einbandgestaltung: Petra Florath, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	7
Einleitung .....	9
I. Das Kriegserlebnis und seine ersten Auswirkungen auf das politische Denken.....	21
II. Der auf Dauer gestellte Krieg als Herausforderung der Theoriebildung.....	29
1. Delbrück und Rathenau und die Wahrnehmung des lange anhaltenden Krieges.....	30
2. Kriegswirtschaftliche Sachlogik und entpolitisierte Staatlichkeit: die Ideen von 1914....	33
3. Regierung, organisierte Arbeiterschaft und die Politik der Neuorientierung.....	39
Die Perspektive der Regierung .....	39
Die Selbstintegration der Arbeiterschaft in den Obrigkeitsstaat als Nationalstaat.....	42
Der Sammelband Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland.....	60
Alfred Weber.....	64
4. Hugo Preuß und die Politisierung des deutschen Volkes .....	68
5. Die Rezeption der Preuß'schen Argumentation .....	88
III. Die Demokratie im Westen und die Demagogie in Deutschland.....	103
1. Die Demokratie als neues Kriegsziel der Alliierten .....	103
Die Entstehung der Idee einer westlichen Demokratie .....	104
Die deutsche Reaktion auf die westliche Demokratie 1917.....	114
2. Die Zurückweisung des Geltungsanspruchs der westlichen Demokratie .....	119
Tönnies und das Problem der öffentlichen Meinung in der Demokratie .....	119
Die Rezeption der westlichen politischen Demokratiekritik.....	128
Die ‚Verwestlichung‘ der öffentlichen Meinung in Deutschland .....	133
3. Die Ausbildung einer defensiven Argumentationsstrategie der Demokratisierung.....	135
Kritik an der Demagogie der Gebildeten .....	135
Das Vorbild der Preußischen Reformen von 1807 .....	143
4. Wahlrechtsfrage und Tory-Konservative .....	154

5. Die Regierung Bethmann-Hollweg .....	158
6. Die Strategie einer offensiven Argumentation der Demokratisierung .....	169
Hugo Preuß und Walther Rathenau .....	169
Max Weber.....	179
IV. Die Julikrise 1917 als Wendepunkt der politischen Argumentation .....	192
1. Der Reichstag und die politische Parteien.....	192
2. Die Julikrise und der parlamentarische Machtwille .....	199
3. Die Verarbeitung der Julikrise .....	208
4. Berufsständische Vertretung und politische Sammlungsbeugung .....	216
5. Naumann, Preuß und Rathenau nach der Julikrise.....	226
6. Max Weber und die parlamentarische Demokratie .....	237
7. Die genossenschaftlich inspirierte integrative Demokratie .....	264
Demokratie und Völkerrecht.....	264
Hugo Sinzheimer.....	268
8. Die sozialdemokratische Debatte um Demokratie und Parlamentarismus .....	277
Sozialistische Demokratie und bürgerlicher Parlamentarismus.....	277
Der Bolschewismus und die Zuwendung zur parlamentarischen Demokratie.....	295
V. Die Demokraten an der Macht und ihre Ohnmacht .....	304
Fazit .....	322
Literaturverzeichnis.....	324
Primärliteratur.....	324
Sekundärliteratur.....	342
Register .....	362

# Vorwort

Vorliegende Untersuchung zur deutschen Demokratiedebatte im Ersten Weltkrieg sollte anfänglich nur eine Vorstudie zu einer eigentlich beabsichtigten systematischen Darstellung der Demokratiediskussion in Weimar sein. Mir fielen antiquarisch das Buch von Hugo Preuß *Das deutsche Volk und die Politik* und der Sammelband von Friedrich Thimme und Carl Legien zur *Arbeiterschaft im neuen Deutschland* in die Hände, beide aus dem Jahr 1915, die ich vorher nur aus sekundärer Erwähnung kannte. Die Prominenz des demokratischen Gedankens ihrer Argumentation überraschte mich, wick sie doch erheblich von den gemeinhin bekannten „Ideen von 1914“ ab. Ferner fand ich es bedenklich, daß eine der berühmtesten Schriften der politischen Literatur, *Parlament und Regierung* von Max Weber nur selten im Kontext ihrer Entstehungszeit behandelt wird. So fiel meine Aufmerksamkeit auf die Zeit des Ersten Weltkrieges und bald schon überwältigte mich die Fülle an einschlägigem Material, das eine Behandlung erforderte, die weit über die ursprünglich veranschlagte Intention hinausreichte.

Die desolote Bibliothekslandschaft Berlins ermöglichte keine leichte Lektüre des Materials, sie konnte aber größtenteils kompensiert werden durch die Freundlichkeit der Mängelverwalter. Für die gedankliche Erschließung der Literatur des Ersten Weltkrieges jedoch konnte ich von einer besonderen Gesprächs- und Argumentationskultur profitieren, die professionelle und freundschaftliche Wurzeln hat. An erster Stelle ist die Atmosphäre des Kolloquiums von Herfried Münkler an der Humboldt-Universität zu Berlin zu nennen, in dem leidenschaftlich und umfassend um politische Ideen und ihre Begründung gestritten wird. Neben Herfried Münkler als Leiter und Moderator möchte ich besonders Karsten Fischer und Hans Grünberger als Repräsentanten der „irenischen Fraktion“ und Harald Bluhm und Siegfried Weichlein aus der „polemischen Fraktion“ hervorheben, ferner Matthias Bohlender und Berndt Ladwig. Sie alle bedachten an diesem Ort auch einige meiner eigenen Vorträge mit kritischer Aufmerksamkeit. Aus Gesprächen mit Christoph Schönberger und Sandro Mezzadra konnte ich wertvolle Anregungen entnehmen. Allen sei für ihre Diskussionsfreude gedankt. Meine Frau Gerlinde hat verschiedene Fassungen des Manuskripts gelesen und mir aus den tiefen Tälern der Mutlosigkeit geholfen, in die mich gelegentlich die konzeptionellen Schwierigkeiten der Gliederung des Materials trieben und hat häufigeren Übermut zu bremsen gewußt. Ihr gilt mein besonderer Dank.

Eine frühere Fassung dieser Arbeit habe ich 1997 als Dissertation an der Philosophischen Fakultät III der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht. Ich möchte dem Be-

treuer Herfried Münkler für seine Anregungen, Kommentare und für die Erstellung seines Gutachtens besonders danken. Dank gebührt ferner Otto-Ernst Kempen, Frankfurt/M., für sein Gutachten und für sein viersemestriges Seminar zur deutschen Verfassungspolitik, dem ich in vielerlei Hinsicht erste Anregungen entnehmen konnte und Dank gebührt schließlich Claus Offe und Klaus Eder für ihr Wirken in der Promotionskommission.

Das Buch ist dem Andenken meines Bruders Patrick gewidmet, der im gleichen Jahr der Abgabe der Dissertation nach tapfer durchlittener Krankheit verstarb.

Berlin-Tegel im April 2000

Marcus Llanque

# Einleitung

Die deutschen Demokraten, die 1919 vor der Aufgabe standen, eine neue politische Ordnung zu begründen, hatten Weimar erst vor sich. Sie konnten das Experiment der politischen Selbstregierung eines Volkes, das generationenlang ohne tragende demokratische Tradition ausgekommen war und den Obrigkeitsstaat der Beamtenregierung durchaus begrüßte, nicht vom Ende der Republik her auf seine Risiken und Chancen einschätzen. Die politische Theoriebildung nach 1945 griff auf die Weimarer Erfahrungen zurück, um sie als Negativkontrast zur Rechtfertigung der repräsentativen liberalen Demokratie zu verwenden. Die Weimarer Demokratie hat dagegen der repräsentativen Demokratie nicht den hegemonialen Stellenwert beigemessen, der ihr nach dem 2. Weltkrieg zukam. Die Demokratiedebatte in Weimar war - vielleicht verhängnisvollerweise - offener, als sie für die Etablierung einer jungen Demokratie gut sein mag. Nach welcher Vorstellung von Demokratie soll man die Begründer der Weimarer Republik bemessen? Das Ende der Weimarer Republik wirft freilich einen langen Schatten auf ihre Begründer, die aus der Retrospektive für den Untergang verantwortlich gemacht werden. Nicht nur daß Weimar mit den Antidemokraten zu kämpfen hatte, es scheint, daß die Vorstellungen von Demokratie bei den Begründern der Entfaltung der jungen Republik eher hinderlich war. Ob es nun vulgär-demokratische Vorstellungen vom Volkswillen waren oder plebiszitär-präsidentielle Ersatzwünsche für die verlorengegangene Monarchie, jedenfalls hat man häufig Mühe, im politischen Denken der Republikbegründer moderne, in unserer Gegenwart unbestrittene Begriffsbestimmungen der Demokratie wiederzuerkennen. Waren die deutschen Demokraten überhaupt „Demokraten“, oder erschöpfte sich ihre Leistung darin, zumindest nicht Nicht-Demokraten gewesen zu sein?

Man kann sich allerdings nicht an der Weimarer Verfassung orientieren, um aufzuzeigen, was als „wahre Demokratie“ Geltung beanspruchen durfte für zeitgenössische Demokratietheoretiker,<sup>1</sup> denn was Demokratie nach dem Verfassungstext heißen sollte, war

---

1 Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, 1962, 1968, S. 16. „Es erscheint beim genauen Studium dieser Quellen allerdings fraglich, ob es angemessen ist, die gegen den Weimarer Staat gerichtete Polemik durchweg als antidemokratisch zu kennzeichnen, gibt es doch viele Antidemokraten, die das Weimarer System um einer besseren Demokratie willen zu überwinden trachteten. Der Begriff des Antidemokratischen gewinnt Relief erst im Blick auf die

angesichts der Vielzahl der dort vorhandenen, teilweise miteinander konkurrierenden Modelle höchst umstritten. Man kann auch nicht einen rein normativen Demokratiebegriff voraussetzen, dessen Relevanz für das Weimarer Problembewußtsein überhaupt erst zu erweisen wäre.<sup>2</sup> Man sollte den Begriff der Demokratie soweit öffnen, daß man am Ende nicht nur wiederfinden kann, was man schon vorher dem Begriff selber beigelegt hat. Begreift man Autoren in einer Demokratiedebatte nicht nach ihrer Annäherung an ein unausgewiesen zugrunde gelegtes Demokratiemodell, sondern beobachtet die Demokratie als Argument in einer bestimmten politisch-theoretischen Auseinandersetzung, rücken andere Fragen in den Vordergrund. Es muß zunächst der Weg der demokratischen Argumentation rekonstruiert und verfolgt werden. Was sind eigentlich die Gründe dafür, daß sich bestimmte Modelle durchsetzen und andere nicht, aus welchen Traditionen werden sie geschöpft, mit welchen Argumenten erwogen, befürwortet oder verworfen und welchen Einfluß haben die konkreten Umstände einer solchen Argumentation auf ihre Ergebnisse ausgeübt? Die Begründer Weimars hatten kein Weimar hinter sich, an dessen Erfahrungen sie ihr Urteil schulen und eventuell mäßigen konnten. Für die Entfaltung des demokratischen Gedankens konnten sie auch nur wenig auf Vorarbeiten der Kaiserzeit bis zum Ausbruch des Krieges zurückgreifen.

Die eigentümliche politische Ordnung des Kaiserreichs bedurfte je schon einer eingehenden politisch-theoretischen Erörterung. Im politischen Gefüge des Kaiserreichs kreuzten sich verschiedenste politische Denkwege und stießen heterogenste politische und gesellschaftliche Interessen aufeinander. Als kleindeutsche Lösung wich das Kaiserreich vom alten historischen Selbstverständnis Deutschlands grundlegend ab und schuf mit dem Kaiserreich auf neuer Grundlage ein künstliches Gebilde, das z. B. gerade eingefleischte preußische Monarchisten so sehr ablehnten, daß sie angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs des Kaiserreichs am Ende des Ersten Weltkrieges ernstlich mit dem Gedanken spielten, auf den Kaiserthron gerne zu verzichten, wenn dadurch die preußische Krone gerettet werden konnte. Preußen war der Hegemonialstaat in einem formell gleichberechtigten Staatenbund, über dessen formalstaatliche Strukturen sich die Staatslehre trefflich zu streiten wußte. Preußen besaß nicht nur ein unübersehbares Übergewicht, es war selber Sinnbild der Widersprüche dieses Deutschlands der Übergangs-

---

Idee der Demokratie. Diese gehört freilich zu den vieldeutigsten politischen Vorstellungen, die wir kennen. Gleichwohl gibt es ein sinnvolles Kriterium der Beurteilung: die Idee der Demokratie nach den Normen der Weimarer Reichsverfassung. ... Zwar meinten viele Antidemokraten, die wahren Demokraten und Interpreten des Volkswillens zu sein, aber der hier mögliche Widerspruch liegt in dem Mißverständnis von Demokratie, dem sie unterlagen. Zur Idee der Demokratie gehört wesensmäßig die Idee der Freiheit. Demokratie ist nur als Freiheit und Gleichheit. Eine Demokratie ohne Gewaltenteilung, ohne Rechtsstaatlichkeit, ohne individuelle Freiheitsrechte, ohne die politischen Grundpfeiler des Liberalismus also, ist keine wahre Demokratie, ganz gleich wie man den Volkswillen interpretieren mag.“

- 2 Norbert J. Schürgers, *Politische Philosophie in der Weimarer Republik*, 1989, S. 23 Anm. 19 hält den von ihm behandelten Autoren vor, ihre Redeweise von der ‚wahren Demokratie‘ sei nur ein Lippenbekenntnis und stellt ihnen seine eigene Ansicht der ‚wahren Demokratie‘ als Maßstab entgegen, wie sie ihm im Anschluß an die Konzeption der Selbstemanzipation als Kern des Demokratiedenkens bei Jürgen Habermas für unbestreitbar erscheint.

zeit. Im Westen gehörte eine der bedeutendsten Industrieregionen Europas zu den Symbolen überschäumender maschineller Moderne, die heftig mit den teilweise feudalen Lebensräumen des agrarischen Ostelbiens kontrastierte. Inmitten dieses riesigen Gebildes begann mit dem Berlin der Gründerzeit das Herz einer Metropole unüberhörbar zu schlagen, das aufgrund seiner andersartigen Lebenswelt einen ganz eigenen Rhythmus entwickelte und politische Traditionen prägte, die als hauptstädtischer Linkliberalismus in Konkurrenz zur Sozialdemokratie ein anderes politisches Denken prägte, welches wiederum in Widerspruch stand mit der gutsherrschaftlich geprägten Denkweise Ostelbiens. Diese inneren Widersprüche fanden institutionell ihren Ausdruck im preußischen Dreiklassenwahlrecht, das mit dem demokratischen Männerwahlrecht auf der Reichsebene kontrastierte und dies um so sinnfälliger, als der Kaiser Deutschlands als Reichsorgan zugleich preußischer König war, der sich auf eine institutionell gekünstelte konservative Mehrheit im Landtag stützen konnte. Obwohl also in Deutschland seit geraumer Zeit Aspekte der Demokratie bereits Geltung besaßen, allen voran das auf Reichsebene verwirklichte demokratische Männerwahlrecht, jenes „spektakuläre Element“<sup>3</sup> der Reichsverfassung, das der Staatslehre erhebliche Schwierigkeiten der Einordnung bereitete, stand die Demokratie als Regierungsform nie im Mittelpunkt der Debatten und wurde auch nicht in Hinblick auf ihr Verhältnis zum Parlamentarismus beleuchtet, außer in betont antidemokratischen Darstellungen, die den unüberbrückbaren Gegensatz von Demokratie und Liberalismus behaupteten. Die Demokratie stand im Kaiserreich auch mehr für Probleme denn für Hoffnungen. Zwar wurde bereits zum Jahrhundertwechsel permanent von Demokratie gesprochen,<sup>4</sup> und zwar gleichgültig, ob es sich um sozialistische, liberale, machtpolitisch-nationale oder konservative Theoretiker handelte. Aber es gab vor dem Weltkrieg eine verbreitete Auffassung, wonach die Demokratisierung die Probleme eher zu vertiefen drohte, als sie entschärfen oder gar lösen zu können. Denn es war vor allen Dingen die Vorstellung der Massengesellschaft, die sich bei der Betrachtung der modernen Demokratie einstellte und der Massendemokratie als ihrer spezifischen politischen Folge. Vor dem Hintergrund der drohenden Massendemokratie fand die Idee der Volkssouveränität kaum Fürsprecher. Sie galt nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolutionsversuche 1848 und der monarchischen Reichseinigung 1871 als disfunktional. Selbst sozialdemokratische Autoren waren sich nicht sicher, ob ausgerechnet ein frühbürgerliches Modell von Demokratie die gedankliche Orientierung einer sozialistischen Gesellschaft geben konnte und sollte. Die institutionelle Idee der unmittelbaren Demokratie, die die politische Partizipation der Bevölkerung etwa in Gestalt direkt-demokratischer Instrumente wie des Referendums sicherstellen will, wurde von den Sozialdemokraten für unzeitgemäß angesehen, erforderte doch gerade die moderne Industriegesellschaft eher eine zentrale Verwaltung als eine selbstbestimmte Anarchie. Man blickte auch nicht mehr wie viele Reformer aus der Zeit der Revolution von

---

3 Kluxen, *Britischer und deutscher Parlamentarismus*, 1985, S. 35.

4 Daran erinnert zu haben, ist das Verdienst der Arbeit von Peter Gilg, *Erneuerung des demokratischen Gedankens*, 1965, die allerdings etwas optimistisch die Plausibilität auch der normativen Wiederbelebung des Demokratiedenkens (dem die Schweiz als Urmodell zugrunde liege) zum Ergebnis hat.

1848 nach Amerika, wie es für die politische Theorie seinerzeit Tocqueville getan hatte, um durch das Studium der dortigen Verhältnisse zugleich einen Blick in die Zukunft Europas zu tun. Tocqueville war in Vergessenheit geraten, genauso wie John Stuart Mills Plädoyer für die repräsentative Regierungsform auf der Grundlage eines demokratischen Verhältniswahlrechts. Die späte Klassik der Demokratietheorie war einem Realismus gewichen, dem auch viele enttäuschte Demokraten anhängen. Denn nicht der Volkswille oder die Volkssouveränität hatten sich als treibender Motor der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung erwiesen, sondern anonym waltende Kräfte und Prozesse, auf die eine politische Steuerung immer weniger Einfluß nehmen zu können schien. Demokratische Vorstellungen, wonach die Demokratie als Herrschaft des Volkes nicht nur die Fremdbestimmung der Bevölkerung durch eine privilegierte Clique abzuschütteln vermochte, sondern auch noch mit der politischen Selbstbestimmung die Herrschaft von Menschen über Menschen ganz überflüssig machte, entbehrten unter dem Eindruck der modernen Herrschafts- und Organisationssoziologie aller Überzeugungskraft.

So gab es niemanden, der in der Demokratie die große greifbare Alternative zum Obrigkeitsstaat gesehen hätte. Der Gedanke der Demokratie hatte keineswegs mehr die integrative Werbekraft, die er noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts gehabt hatte. Am Ende des 19. Jahrhunderts war ihre Zeitgemäßheit überall und selbst in der westlichen politischen Theorie in Frage gestellt. Aus der Perspektive der modernen Industriegesellschaft stand der soziologische Begriff der Massendemokratie und das Problem des säkularistischen Ausnutzungspotentials einer plebiszitär erworbener Zustimmung im Vordergrund. Die Demokratie als politisches Modell schien mittlerweile einer vergangenen Zeit anzugehören.

Die Begründer der Weimarer Demokratie hatten zur Schärfung ihrer politischen Urteilskraft den Ersten Weltkrieg hinter sich und damit einen intensiven Erfahrungsraum mit einer umfassenden Demokratiedebatte. Erst der Weltkrieg schuf die Konstellation, in welcher sich die Kritiker des Obrigkeitsstaates allmählich um den Gedanken der Demokratie scharten und die Demokratie schließlich zur großen Leitidee avancierte, die imstande war, die traditionell an der Vorstellung des Staates ausgerichtete politische Denkweise abzulösen. Die Demokratie wurde als Ergebnis der Diskussionen des Weltkrieges erst jetzt zum unhintergehbaren Kernbegriff der politischen Auseinandersetzungen. Die Debatten des Weltkrieges waren unmittelbar prägend für die Vorstellungen von Demokratie eingangs der Begründungszeit der neuen Republik. Obwohl eine gescheiterte Geheimdiplomatie zum Konflikt des Ersten Weltkrieges führte, dieser also zunächst ein Kabinettskrieg war und die Bevölkerung bis zu seinem Beginn teilweise entschlossenen Widerstand signalisierte, war die dann bei Ausbruch des Krieges beobachtbare Begeisterung weiter Teile der Bevölkerung und noch größerer Teile ihrer intellektuellen Elite das zunächst prägende Charakteristikum der politischen Auseinandersetzung. Die gesellschaftlich stark differenzierte und segmentierte deutsche Bevölkerung zeigte sich in der Zustimmung zum Krieg als vereintes Volk und der Krieg war der Vater der durch ihn geschweißten Volksgemeinschaft. So jedenfalls stellte sich für viele Zeitgenossen die Situation zunächst dar. Nicht die institutionelle Gliederung ihrer politischen Ordnung und politischen Willensbildung stand im Vordergrund, sondern ein Gefühl gemeinsam erlebter Solidarität und Schicksalsgemeinschaft, die rasch schon als Möglichkeit auch

dauerhafter, über den Zeitraum des Krieges hinausgehender Integration erörtert wurde. Kritische Aspekte der politischen Ordnung des Kaiserreichs, seine gelegentlich angefeindete Obrigkeitsmentalität und sein Militarismus, die vor dem Krieg Thema ausgiebiger Diskussion waren und oft abgelehnt wurden, wurden nun, besonders unter dem Eindruck der Kritik der Öffentlichkeit in Frankreich, England und den neutralen Ländern plötzlich zum Inbegriff deutscher Kultur und kurzerhand zu Identitätsmerkmalen des gesamten Volkes erhoben, eines Volkes, das auf die Gestaltung dieser Aspekte wenig, häufig gar keinen Einfluß hatte und sie sich dennoch zuschrieb. Diese Volksgemeinschaft erwies sich bald schon als Fiktion, so daß schließlich die Frage der innenpolitischen Ordnung zum eigentlichen Gegenstand der Diskussion wurde: Sei es, daß eine Integration der Arbeiterschaft in den nationalen Staat und damit die Überwindung des Klassenkampfes die Reform des politischen Systems erforderlich machte, und zwar bereits aus staatsershaltenden Überlegungen heraus, sei es, daß spätestens 1917 die unterschiedliche politische Ordnung der kriegsbeteiligten Länder zum ausschlaggebenden Grund des militärischen Konfliktes erhoben wurde. Erst im Ersten Weltkrieg wurde die Idee einer „westlichen Demokratie“ geboren, unter der sich England, Frankreich und die 1917 in den Krieg eingetretenen USA gegen Deutschland sammelten. Dieser westlichen Demokratie wurde zunächst ganz undifferenziert eine spezifisch deutsche Idee der Demokratie entgegengestellt, die die Idee der Demokratie eher verdunkelte als erhellte.

Damit scheint aber auf den ersten Blick die im Ersten Weltkrieg erfolgte Debatte die denkbar schlechteste Voraussetzung zu sein für die Entfaltung demokratischen Denkens. Wir verbinden mit den intellektuellen Debatten aus dieser Zeit Vorstellungen, die im wesentlichen unter zwei Rubriken zusammengefaßt werden können: die Kriegsbegeisterung der imaginieren Volksgemeinschaft und den verzweifelten Versuch, im Zuge der „Ideen von 1914“ der westlichen Demokratie einen spezifisch deutschen Begriff von Demokratie entgegenzusetzen. Intellektuelle, Gelehrte wie Künstler wollten dem Krieg einen weltanschaulichen und geschichtsphilosophischen Sinn geben. Eine ganze Forschungstradition hat sich etabliert, um den Hintergründen dieser intellektuellen Sinnstiftungsbemühungen nachzuspüren. Sie hat sich generell mit der Einstellung der Gelehrten und Intellektuellen zum Krieg beschäftigt,<sup>5</sup> sowie mit dem Gebaren der einzelnen Disziplinen.<sup>6</sup> Nirgendwo scheint eine nüchterne, nicht vom Pathos der Stunde beherrschte Debatte um politisch-theoretische Fragen stattgefunden zu haben. Jede demokratietheoretische Erörterung scheint jener undifferenzierten Trennung von feindlicher Ideologie und deutscher Weltanschauung zum Opfer gefallen zu sein, so daß deren inhaltliche Erträge fraglos nicht als Beitrag zur Demokratietheorie, sondern als Symptom einer umfassenden intellektuellen Deformation aufgefaßt werden müssen. Zu sehr scheint die

---

5 Schwabe, *Kriegsmoral*, 1969, Stromberg, *Redemption*, 1982 und Ringer, *Die Gelehrten*, 1983. Ferner Hüppauf, *Ansichten vom Krieg*, 1984, Fries, *Die große Katharsis*, 2 Bände 1994 und 1995 und Mommsen, *Kultur und Krieg*, 1996.

6 Lübke, *Politische Philosophie*, 1963 für die Philosophie und Papcke, *Dienst am Sieg*, 1985, Joas, *Klassiker der Soziologie*, 1989, Joas, *Sozialwissenschaften*, 1996 und Lichtblau, *Kulturkrise und Soziologie*, 1996 für die Soziologie. Missalla, *Gott mit uns*, 1968 für die Theologie und Krüger, *Nationalökonomie*, 1983 für die Volkswirtschaft.

Nähe der Demokratiedebatte zu den „Ideen von 1914“ und die Redeweise von der „deutschen Demokratie“ oder „deutschen Freiheit“ die inhaltliche Eingeschränktheit der Aussagen zu signalisieren, als daß sich eine eigenständige demokratietheoretische Würdigung lohnen könnte.

Die demokratietheoretischen Überlegungen während des Ersten Weltkrieges sind dementsprechend noch nicht Gegenstand einer eigenständigen Untersuchung gewesen. Über die diskursive Rekonstruktion der Sinnstiftungsliteratur hinaus wurden übergreifende Diskurse wie derjenige der Gelehrtenpolitik im allgemeinen sowie der national-ökonomischen und kultursoziologischen Debatten untersucht. Die Verknüpfung von Handlungsebene der Akteure und begleitender bzw. flankierender politisch-theoretischer Debatte ist nach Parteizugehörigkeit geordnet bereits vorbildlich dargestellt worden<sup>7</sup> und wir können auf zahlreiche Arbeiten zurückgreifen, die die politischen Debatten um einzelne Autoren konzentriert aufbereiteten.<sup>8</sup> In diesen Arbeiten steht aber die Demokratie nicht im thematischen Mittelpunkt, wie auch die Zugehörigkeit und Abhängigkeit der einzelnen demokratietheoretischen Argumentationen zur Gesamtdebatte nicht eingehend untersucht worden ist. Diese Vernachlässigung ist schon rein äußerlich nicht ohne weiteres verständlich, da zum einen die Zahl der einschlägigen Arbeiten, von Denkschriften, Flugschriften, Aufsätzen bis zu umfangreichen Monographien, die in der Zeit vom August 1914 bis zum Oktober 1918 zur Demokratie geschrieben wurden, sehr groß ist. Zum anderen finden wir unter diesen Arbeiten auch einige Werke, die wir zu den Klassikern der politischen Theoriebildung im allgemeinen und zur Diskussion der parlamentarischen Demokratie im besonderen zählen, wobei an erster Stelle Max Webers *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* genannt werden muß. Ob aber ausgerechnet Max Webers Werk als der Königsweg der deutschen politischen Theorie zur repräsentativen Demokratie angesehen werden kann, wurde regelmäßig bestritten. Nun erkennen wir tatsächlich aus der Fülle der demokratietheoretischen Arbeiten, die während des Weltkrieges publiziert wurden, nur sehr wenige, die ohne weiteres die repräsentative Demokratie vertreten hätten, und auch diese befanden sich sichtlich in einer argumentativen Verteidigungssituation mit einem lastenden Rechtfertigungsdruck für die von ihnen gewählte Option. Will man daher die demokratietheoretischen Beiträge nur von ihrem Lösungsangebot, von dem vorgeschlagenen und präferierten Modell her verstehen, wird man unbedingt Vorbehalte äußern müssen bezüglich der Vorbildlichkeit der Diskussion. Denkt man aber nicht vom Ende her, sondern vom Ausgangspunkt und versucht das begleitende Problembewußtsein zu entschlüsseln, das ein Demokratiemodell plausibler erscheinen läßt als das andere, dann entdeckt man die intellektuelle und theoretische Leistung derjenigen, die sich mit Gründen gegen eine Vielzahl von Gegnern der Demokratie behaupten mußten und für eine parteipolitisch dominierte und wie auch immer in einer Massengesellschaft und im Flächenstaat vermittelte Selbstregierung plädierten.

---

7 Grosser, *Monarchischer Konstitutionalismus*, 1970.

8 Schmidt, *Deutscher Historismus*, 1964 und Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik*, 1974. Für die Debatte in der Staatslehre vgl. bereits Vermeil, *La constitution de Weimar*, 1923, Lanchester, *Alle origini di Weimar*, 1985, Schönberg, *Parlament im Anstaltsstaat*, 1997 und Stolleis, *Geschichte des öffentlichen Rechts*, 1999.

*Demokratie im Krieg* heißt nämlich auch, mitten in intensiven Debatten mit erregten Gemütern und angesichts vager Alternativen und Prognosen den Streit um Handlungsorientierung und Sinnstiftung zu suchen und nüchtern Voraussetzungen, Vorzüge und Nachteile einer vorgeschlagenen politischen Ordnung zu erweisen. Man muß den Weg der Argumentation verfolgen und berücksichtigen, daß Autoren in dieser Zeit nicht dekontextualisiert und vor einem akademischen Publikum stritten, das das zwanglose Argument ohne innere Anteilnahme auf sich einwirken läßt, sondern inmitten einer durch vorher ungekannte propagandistische Kampagnen aufgewühlten Öffentlichkeit, deren gelehrter und gebildeter Anteil ausgerechnet am wenigsten für vorurteilsfreie und ausgewogene Argumente zugänglich war, dafür aber gleichzeitig vermeinte, den besseren und patriotischeren Teil der Öffentlichkeit zu repräsentieren. Erst diese Umstände lassen erahnen, gegen welche Widerstände das demokratische Argument ins Feld geführt werden mußte. Die Alternative bestand nicht zwischen einer repräsentativen oder plebiszitären Demokratie (von letzterer war während des Krieges fast nirgendwo die Rede), sondern weitaus dramatischer in der Entscheidung zwischen der scheinbar überparteilichen Sachkunde der politisch unverantwortlichen Beamtenregierung einerseits und der allen Einflüssen wankelmütiger öffentlicher Meinung ausgesetzten politischen Parteidemokratie andererseits. Die parlamentarische „Schwatzbude“ mußte sich der ansteigenden Plausibilität einer berufsständischen Vertretungen erwehren, politische Parteien mußten in Konkurrenz zu riesigen Sammlungsbewegungen wie der ausdrücklich nicht-parlamentarischen Vaterlandspartei treten. Gegen die Fiktion der im Burgfrieden und in der gemeinsamen vaterländischen Anstrengung des Krieges scheinbar erlebbaren „Volksgemeinschaft“, die keine politische Vermittlung benötigte, mußte beharrlich auf die anhaltende Notwendigkeit einer selbständigen politischen Organisation und „Führung“ von Meinungsbildung und Willensbildung aufmerksam gemacht werden. Dieser Hinweis richtete sich auch an die Adresse von Parteipolitikern. Ferner mußte jeder Hinweis auf die Leistungen und Chancen der „westlichen Demokratie“ sich des Vorwurfes erwehren, eine unpatriotische Parteinahme für den „Feind“ darzustellen. Schließlich scheiterte die erforderlich erscheinende Demokratisierung etwa des preußischen Wahlrechts lange am hartnäckigen Widerstand der dadurch in ihren Privilegien bedrohten Kreise. Erst wenn man all diese und weitere Aspekte berücksichtigt, die der Befürwortung der Demokratie im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat im Wege standen, wird man ermessen können, worin der tatsächliche Beitrag der Demokraten im Weltkrieg und ihre Vorbereitungsleistung für die Weimarer Republik bestand. Die Kritiker des Obrigkeitsstaates wurden im Laufe des Krieges zu den energischsten Verfechtern des Demokratiegedankens. Sie hatten dabei im Krieg nicht nur gegen hartnäckigen Widerstand zu kämpfen, etwa bei Personen- und Interessengruppen, die ihren Starrsinn als Nationalismus verstanden oder ihren Eigennutz geschickt als Vaterlandsliebe zu verbrämen wußten. Die Autoren und Vordenker der Demokratie mußten den Demokratiegedanken häufig überhaupt erst für sich selbst erschließen, mußten gegen ihre eigenen früheren Vorurteile die Chancen und Potentiale der Demokratie wägen und ihre Leistungsfähigkeit am Beispiel der gegnerischen Demokratien studieren. Inmitten all dieser Dilemmata politischer Argumentation zunächst sich selbst von der Tragkraft des demokratischen Argumentes zu überzeugen und dann gegen alle Widrigkeiten und Hemmungen für diesen Gedanken zu werben, das ist

die eigentliche Leistung der Demokraten während des Weltkrieges gewesen. Mochten sie auch teilweise keineswegs mit dem „Herzen“ Demokraten sein, so war es dennoch kein Zufall, daß viele dieser Autoren mit dem Ende des Krieges plötzlich als berufen galten, an die Spitze der Neubegründung der politischen Ordnung gestellt zu werden. Max und Alfred Weber, Ernst Troeltsch und Friedrich Meinecke, Hugo Preuß und Gerhard Anschütz, Hans Delbrück und Adolf Grabowsky, Wolfgang Heine und Georg Gradnauer, Eduard Bernstein und Karl Kautsky vertraten unterschiedliche Positionen und waren auch nicht über das Verhältnis von Demokratisierung und Parlamentarisierung einer Meinung. Im Verhältnis zu den konkurrierenden Ansichten in den von ihnen bearbeiteten weltanschaulichen Segmenten des Gesprächsfeldes verkörperten sie aber beharrlich und teilweise virtuos argumentierend denjenigen Teil der Diskussion, der für Reformen und Experimente, wie sie die Demokratisierung mit sich brachte, aufgeschlossen war. Im Übergang vom Kaiserreich zur Republik bereiteten sie der Demokratie gedanklich den Durchbruch, der angesichts der Gegner keineswegs selbstverständlich war und sich gleichsam von alleine seinen Weg bahnte. Obwohl viele von ihnen bis in die Reihen der sozialdemokratischen Autoren hinein nicht ohne weiteres auf die Idee einer parlamentarischen Monarchie Verzicht leisten wollten, und dies trotz ihrer gleichzeitig scharfen Kritik am Monarchieverständnis der Monarchisten selbst, öffneten sie sich für den Gedanken der Demokratie als politisches Argument zur Lösung normativer, institutioneller und integrativer politischer Probleme.

Diese drei Ebenen der demokratischen Argumentation muß man dabei unterscheiden, denn ihre gegenseitige Vermittlung gehört zu den eigentlichen Schwierigkeiten jeder Demokratietheorie. Man kann auf einer rein normativen Ebene argumentieren und den Hochwert von Freiheit und Gleichheit verteidigen, und zwar auch auf Kosten institutioneller Aspekte der Regierungsbildung (Stabilität und Kompetenz) und auf Kosten von integrativen Fragen etwa der nötigen Homogenität, Kultur und Denkweise der zur Demokratie aufgerufenen Akteure. Umgekehrt sind Konstellationen der politischen Argumentation beobachtbar, in denen auf die Umsetzung der normativen Aspekte zugunsten der Lösung institutioneller Probleme wie der Regierungsstabilität Verzicht geleistet wird, ohne deswegen sogleich antidemokratisch argumentieren zu müssen. Ein bedeutendes Beispiel hierfür ist die Verfassungsänderungsdebatte am Ende der Weimarer Republik. Schließlich können auf der integrativen Argumentationsebene vopolitische Bedingungen des Politischen zur Geltung gebracht werden. Wird die Nation oder das Schicksal einer sozialen Klasse als Fixpunkt aller Argumentation angesehen, dann können demokratische Argumente nachrangig hierzu behandelt und relativiert werden. Fördert die Demokratisierung des Volkes in seinem jetzigen gesellschaftsgeschichtlichen Zustand das Wohl der (numerisch in der Minderheit befindlichen) Arbeiterklasse? Fördert die Demokratisierung der politischen Ordnung den Wohlstand der Nation? Man kann aber auch die Demokratie selbst als gesellschaftliche Bestimmungsgröße ansetzen, etwa wenn man einen sozialen Begriff von Demokratie im Sinne hat wie die am Ende des 19. Jahrhunderts häufig verwendete Vorstellung von der „Massendemokratie“. Umgekehrt können integrative Leitideen dazu dienen, Konflikte zu überdecken, von denen man nicht erwartet, daß sie mit demokratischen Mitteln gelöst werden können. Schon diese drei Ebenen möglicher Verwendungsweisen von Demokratie zeigen die mögliche Vielschich-

tigkeit der Argumentation, aber auch, daß die Anerkennung des demokratischen Argumentes auf einer bestimmten Ebene dazu dienen kann, ihren Vorrang auf einer anderen Ebene in Zweifel zu ziehen. Wer die Regierungsform der Demokratie als disfunktional bezeichnet, wird die Monarchie als mögliche politische Verwirklichungsform der rein normativen Idee der Demokratie behaupten können, wenn er nicht die Selbstregierung zum Kern dieser Norm erhebt. Wer aber die Selbstregierung zum Kern des normativen Idee der Demokratie erhebt, wird sich nicht ohne weiteres von der Warnung vor der drohenden Anarchie schrecken lassen. Über die ideengeschichtlich-historische Rekonstruktion eines bestimmten Gesprächsfeldes hinaus bietet die Demokratiedebatte im Weltkrieg also auch Aufschluß über Bedingungen und Voraussetzungen von politischer Argumentation.

Wenn wir daher nicht nur nach „Demokraten“ von Herkunft und Gesinnung Ausschau halten, sondern nach der „demokratischen Argumentation“, die sich auch bei Autoren durchsetzte, welche sich vorher nur bedingt für den Demokratiedanken aufgeschlossen gezeigt hatten, so fragen wir nicht nach der Durchsetzung eines bereits vorausgesetzten Modells von Demokratie, sondern nach dem Gebrauch des demokratischen Arguments in der politischen Argumentation.

Die profilierteste Schule ideengeschichtlicher Forschung, die den zeitgenössischen Gebrauch und nicht den transhistorischen Sinn von politischen Ideen in den Mittelpunkt stellt, ist die Cambridge School.<sup>9</sup> Sie hat ihre Wurzeln in der sprachphilosophischen Wende nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allen Dingen in der sprachpragmatischen Ausrichtung, die die Bedeutung einer Aussage nicht nur nach der intentionalen Seite erschließen möchte, sondern nach der Wirkungsseite des Argumentes, seines diskursiven Gebrauchs. Damit gelangt die ideengeschichtliche Rekonstruktion einer bestimmten politischen Argumentation in die Nähe der Rhetorik, die sich nach Aristoteles auf die Überzeugungskraft von Argumenten vor einem Publikum konzentriert. Dabei unterscheidet er neben der Lob- und Preisrede, die die Schönheit des besten Argumentes zum Gegenstand hat und die interessenlose Zustimmung des Auditoriums sucht (dies ist wohl die früheste Umschreibung des zwanglosen Zwanges des besten Argumentes), die juristische von der politischen Rede. Nach Aristoteles beschäftigt sich die juristische Argumentation mit Fragen der Vergangenheit, die als Fakten durch Zeugenprozesse relativ klar erschließbar sind, während die politische Beratungsrede es mit Fragen der Zukunft zu tun hat, die keinem Wissen zugänglich sind. Politische Rhetorik soll hier also nicht die Lehre von der Ausschmückung einer Rede heißen, sondern die Berücksichtigung des Praxisbezugs. Da die politische Beratungsrede es mit Gegenständen der Zukunft zu tun hat, kann ihre Argumentation nicht den Status des Wissens behaupten. Gleichwohl folgt aus der Unmöglichkeit praktisch-politischen Wissens nicht die Annahme, politische Rede unterliege der Beliebigkeit des subjektiven Meinens. Aristoteles untersucht vielmehr, wie aus Wahrnehmung und Erfahrung sich Argumente als Beweisgründe erschlie-

---

9 Vgl. für Skinners methodische Überlegungen die Textsammlung von Tully, *Meaning and Context*, 1988 und für J. G. A. Pocock: ders., *Introduction*, 1985, S. 1–34, und ders., *Politics, Language and Time*, 1971. Zur Diskussion der Cambridge School vgl. Rosa, *Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie*, 1994.

ßen, die nicht den Charakter universaler und damit apodiktischer Wahrheit beanspruchen dürfen, aber dennoch verallgemeinerbar sind. Gerade bei der politischen Argumentation müssen wir davon ausgehen, daß ihr Ziel nicht Wahrheit unabhängig von der Herkunft und der Interessen der Redner und Zuhörer ist, sondern die Gewinnung einer mindestens mehrheitlich zustimmungsfähigen Allgemeinheit, die von der Gültigkeit der Aussage überzeugt und ihr Handeln danach zu bestimmen bereit ist. Der logische Status dieser Allgemeinheit ist nicht die universale Begründetheit, da diese keineswegs schon aus sich heraus die erforderliche politische Zustimmung erbringt, sondern die Bündelung von Meinungen in eine allgemein zustimmungsfähige Auffassung. Die Rhetorik ersetzt nicht wissenschaftliche Beweisführung, sondern ermöglicht kontrollierte Beweisführung in einem Felde, wo per definitionem eine strikt wissenschaftliche Beweisführung unmöglich ist. Denn wissenschaftliche Beweisführung ist nur dort apodiktisch unzweifelhaft wahr, wo es um Schlüsse aus unzweifelhaften Prämissen geht. Eine zwingende Beweisführung setzt unzweifelhafte Gründe voraus. Die Rhetorik setzt dort ein, wo ein Mangel an solchen Gründen besteht, diese vielmehr selber in Frage stehen.<sup>10</sup> Die „*inventio*“ der Rhetorik ist deshalb ihr Herzstück als Argumentationslehre, geht es hier nämlich um eine Situation der Fragwürdigkeit der Beweisgründe selber, und nicht erst der Zweifelhaftigkeit der Schlußfolgerungen. Ihr Bestreben ist also das Aufsuchen von beweisenerheblichen Gründen (*Topik*), d. h. die Suche nach den Orten und den Gemeinplätzen, die erst die Evidenz der Argumentation ermöglichen. Der Rahmen solcher Argumentation kann auch als Erfahrungsraum der Beteiligten und ihres gemeinsam geteilten Erwartungshorizontes bezeichnet werden. Das Begriffspaar von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont wurde von Reinhart Koselleck entwickelte,<sup>11</sup> um die spezifische Zeitlichkeit historischen Denkens einschließlich der jeweiligen Zukunft auszuweisen. Hier soll es im Bereich der politischen Argumentation Anwendung finden, und zwar als derjenige Rahmen, innerhalb dessen politisch Argumentierende ihr Handeln begrifflich zu orientieren suchen. Gemeinsam geteilter Erfahrungsraum und gemeinsam geteilter Erwartungshorizont ermöglichen eine wesentlich höhere Zustimmungsfähigkeit und Plausibilität von politischen Argumenten.

Die geteilte Erfahrung des Ersten Weltkriegs schuf ein Gesprächsfeld, das einen im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich veränderten Hintergrund politischer Argumentation darstellte. Das gilt auch für ideologieüberschreitende Kontexte. So öffnete sich die im Kaiserreich überwiegend exklusiv gehaltene Theoriediskussion der Sozialdemokratie für politische Argumente aus dem bürgerlichen Lager und das bürgerliche Lager öffnete sich in einer ganz spezifischen Art und Weise sozialistischen Argumenten. Der sozialistische Strang der im Weltkrieg geführten Demokratiedebatte wird in dieser Arbeit nur insoweit behandelt, als er zeigt, wie stark sich auch hier die argumentativen Lager spalteten und wie nahe die jeweilige Beweisführung für und gegen die Demokratie den aus den bürgerlichen Diskussionen bekannten Argumenten kam. Jede vertiefte Auseinandersetzung mußte die langen Diskussionen vor Ausbruch des Krieges zwischen dem gedanklichen Erbe von Marx und dem von Lassalle berücksichtigen, zumal es mit der Gründung der

---

10 Rüdiger Bubner, *Dialektik als Topik*, 1990, S. 69.

11 Reinhart Koselleck, „*Erfahrungsraum*“ und „*Erwartungshorizont*“, 1979.

Republik nach 1918 zu einer regelrechten Lassalle-Renaissance kam. Schließlich müßte man die philosophische Rekonstruktion des Marxschen Denkens bei Karl Korsch, Georg Lukács und auch Ernst Bloch behandeln, die sich bereits im Weltkrieg vorbereiteten. Das alles aber würde den Rahmen dieser Analyse eines Gesprächsfeldes und der Umstände der in ihm erfolgten Argumentation bei weitem sprengen.

Die Gliederung der Demokratiedebatte im Ersten Weltkrieg erfolgt nach den Zäsuren des Gesprächsfeldes. Der Weltkrieg war kein Kontinuum, das die Autoren, die unter dem Eindruck des Krieges standen, vom Anfang bis zum Ende überblicken konnten. Vielmehr gestaltete sich der Verlauf des Krieges nach bestimmten dominanten Zäsuren, die jeweils neue Konstellationen ergaben, auf die die Autoren wiederum reagierten. Wir können fünf Zäsuren unterscheiden, die im Laufe des Krieges für die politische Theoriebildung im allgemeinen und die Demokratiediskussion im besonderen von zentraler Bedeutung waren: Die erste Zäsur war mit Ausbruch des Krieges gegeben. Nach dem Erlebnis der Kriegsbegeisterung folgte die politische Reflexion der Marne-Schlacht und die allmähliche Einsicht in den Charakter des Krieges als eines totalen, alle gesellschaftlichen Lebensräume umfassenden und wahrscheinlich lange anhaltenden Konfliktes. Diese zweite Zäsur brachte die ersten Reflexionen und theoretischen Überlegungen über die Ursachen des Krieges und den eigentlichen Gegner sowie zu den langfristigen Auswirkungen des Krieges auf die innenpolitische Struktur des Kaiserreichs auf den Weg. Die militärische Bewältigung des anhaltenden Kriegszustandes erforderte die Mobilisierung aller Kräfte und Ressourcen, weshalb die Frage nach der innenpolitischen Struktur, die diese Mobilisierung am erfolgreichsten ermöglichte, zugleich eine kriegsentscheidende Frage wurde. Damit brach aber der Konflikt zwischen den reformerisch orientierten Kräften und den am status quo interessierten Gruppierungen, der schon vor dem Krieg geschwelt hatte und unter dem Zeichen des Burgfriedens eine Zeit lang unterbrochen worden war, mit neuer Vehemenz aus. Es war zunächst die heftige Diskussion um die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges Ende 1916 und vor allen Dingen die demokratische Wende bei den Kriegsgegnern, die die dritte Zäsur des Kriegs brachte. Als die USA im Frühjahr 1917 in den Krieg eintraten und kurz zuvor das zaristische Rußland einer bürgerlichen Demokratie weichen mußte, versammelten sich die Alliierten unter der Fahne der Demokratie, und mit der Rede Wilsons zur Kriegserklärung wurde klar, daß zumindest die USA die Demokratisierung Deutschlands zum ausdrücklichen Kriegsziel erhoben hatten. Aber erst die deutsche Julikrise 1917 brachte den Höhepunkt der deutschen Diskussion und die vierte Zäsur des Krieges. Als der Reichstag die politische Initiative ergriff, den Kanzler stürzte und mit Macht Einfluß auf die politische Willensbildung der Regierung nehmen wollte, war der Scheitelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung erreicht. Zwar kam es bei der Durchsetzung der Friedensresolution des Reichstages zur Zusammenarbeit jener parteipolitischen Kräfte, die später die Weimarer Koalition ausmachen sollten. Aber die politische Initiative wurde nicht ernsthaft ergriffen, die reformerischen Kräfte innerhalb der politischen Parteien versiegten, man begnügte sich mit einem „Krypto-Parlamentarismus“. Die Demokratisierung wurde verschleppt und bei den Friedensverhandlungen mit dem bolschewistischen Rußland in Brest-Litowsk zeigte es sich, daß der Reichstag keine treibende Kraft mehr war. Diese Umstände bewogen zu einer vertieften Debatte über die Bedingungen der Möglichkeit

von Selbstregierung. Mit den Hoffnungen auf einen Siegfrieden, die man in die Frühjahrsoffensive 1918 setzte, verlor der Demokratiedanke für die öffentliche Meinung wieder an Überzeugungskraft. Erst unter dem Schock des Schwarzen Tages des Heeres im Herbst 1918 und der überstürzten Parlamentarisierung des Reiches im Oktober 1918, die die fünfte Zäsur des Krieges darstellt, setzte sich der Demokratiedanke endgültig als Leitidee der inneren Reformen durch. Noch im Krieg erlassen, waren sie der Ertrag der mühseligen und lange aussichtslos erschienenen Bemühungen der Verfechter einer Demokratisierung des Kaiserreichs. Nun kamen demokratisch argumentierende Autoren sogar unmittelbar in Schlüsselpositionen der politischen Ordnung, um freilich schon sehr rasch ihre eigene Ohnmacht erfahren zu müssen. Sie konnten zwar den Demokratiedanken zum normativen Kern der künftigen Verfassung erheben, aber seine Sicherung und seine Erfüllung mit Leben scheiterte. Diese fünf Zäsuren strukturieren das Gesprächsfeld des Krieges und seine Debatten, und geben damit auch die Struktur für diese Untersuchung vor.

# I. Das Kriegserlebnis und seine ersten Auswirkungen auf das politische Denken

Der Krieg begann als ein Sommerfeldzug, und die anfänglichen Siege im Westen und Osten wie das Erlebnis der Geschlossenheit der heterogenen sozialen Schichten und politischen Kräfte des Kaiserreichs führten zu einer vorher unbekanntem Kriegsbegeisterung. Noch wenige Tage vor der Mobilmachungserklärung hatte sich ein Teil der öffentlichen Meinung deutlich gegen die kriegsvorbereitende Politik der Regierung Luft gemacht. Dann aber verfiel die Bevölkerung und die überwiegende Mehrheit ihrer intellektuellen und wissenschaftlichen Teile in eine Begeisterung, die man nur als euphorischen Taumel bezeichnen kann.<sup>1</sup> Freilich muß man hier differenzieren. Zwar gab es auch eine regelrechte Literatur zum Krieg als Kulturphänomen mit zahllosen Apologien über die angeblich menscheitsgeschichtliche Notwendigkeit des Krieges.<sup>2</sup> Aber diese Art der Kriegsbegeisterung war nicht überall vorherrschend und an manchen Stellen überwogen Sorge und Furcht.<sup>3</sup> Auf der anderen Seite steht aber das Erlebnis der inneren Eintracht der Bevölkerung, die in dieser Form vorher nicht für denkbar gehalten worden war und über alle Parteischranken hinweg als die eigentlich bewahrenswerte Wirkung des Krieges gefeiert wurde. In der Überlieferung des kollektiven Gedächtnisses der Nationen verbindet sich mit der Vorstellung des Ersten Weltkrieges die uns heute so vertrauten Zeugnisse des Stellungskrieges an der Westfront. Die erschütternden Erlebnisse des maschinisierten Krieges mit seinen unbeschreiblichen Schrecken und den Hekatomben an Menschenleben, die er forderte, wurden von der betroffenen Generation aber erst nach dem Krieg verarbeitet und mitgeteilt. Für die „Daheimgebliebenen“ lag ein Schleier der Uninformiertheit über der Westfront, die in der Statik ihres Stellungkampfes auch nur schwer über Nachrichten und Presse vermittelbar war, während die militärischen Ereignisse an der Ostfront und auch in Italien wesentlich vertrauter mit herkömmlichen Kategorien eingeordnet werden konnten. Im Zweifel half dann der Trost der Imagination des

---

1 Mai, *Ende des Kaiserreichs*, 1987, S. 9–30 auch zum Umschlag der Stimmung in Kriegsbegeisterung.

2 Wie sie etwa der Aldeutschen Schmidt-Gibichenfels vertrat: „Der Krieg als Kulturfaktor, als Schöpfer und Erhalter der Staaten“, erwähnt bei Mommsen, *Autoritäre Nationalstaat*, 1990, S. 82. Allgemein hierzu Schwabe, *Kriegsmoral*, 1969, S. 33ff.

3 Kruse, *Kriegsbegeisterung*, 1991, S. 73–87 und Kruse, *Krieg und nationale Opposition*, 1994.

Heldentums der gefeierten Söhne, deren wahres Leid in keiner der zahllosen Schriften und Reden thematisiert wurde. Auch bei den Erörterungen des Friedensschlusses spielte es nur in den seltensten Fällen eine Rolle, die bloße Ziffer der Toten als argumentativen Anstoß dafür zu nehmen, daß man gesagt hätte, der entrichtete Blutzoll sei genug gewesen, nun könne man wieder Vernunft annehmen. Im Gegenteil zeigte es sich, daß die Lebenden viel eher der Auffassung war, daß ihre Schuldigkeit den Toten gegenüber darin bestehen müsse, nun erst recht dafür zu sorgen, daß der Krieg und ihr Tod nicht „umsonst“ gewesen seien.

Was aber für die Heimatfront unmittelbar erlebt wurde, war die Wirkung des Krieges auf Stimmung und Verhalten der Bevölkerung, die angesichts der Herausforderung des Kriegs nun endlich nach langen Jahrzehnten der Zwietracht wie aus einem Guß sich geeint zeigte. Diese nach innen gewendete Kriegsbegeisterung erzeugte eine eigentümliche Formation an Literatur, die schon zeitgenössisch unter der Chiffre der „Ideen von 1914“ zusammengefaßt wurde und als Argumentationstopos einen wesentlichen Teil des Gesprächsfeldes prägte. Die explosionsartig entstandene Sinnstiftungsliteratur im Ersten Weltkrieg kann unabhängig der Frage ihrer analytischen Kraft und argumentativen Überzeugungsfähigkeit zunächst als Zeichen dafür gedeutet werden, daß Zeitgenossen den Sinn der unmittelbar beobachtbaren Ereignisse nicht mehr nach Maßgabe vertrauter Maßstäbe zu ermitteln versuchten. Nicht die von Wissenschaft und Lehre aufgearbeiteten und tradierten Kategorien der Vorkriegszeit, sondern neue Maßstäbe wurden gesucht, um die als neu und unvergleichlich empfundene Erfahrung des Kriegs und seiner Auswirkungen auf die unmittelbare Lebenspraxis verständlich zu machen. Zunächst handelte es sich in den meisten Fällen um Gesinnungsliteratur, um Befindlichkeitsdeklamationen und in der Regel dienten sie einer Neulegitimation bestehender politischer Institutionen. Zu den bereits viele Zeitgenossen verblüffenden Erscheinungen gehörte es etwa, daß Phänomene der politischen Wirklichkeit wie der Militarismus, die vor dem Krieg durchaus kritisch kommentiert wurden, nun zum Inbegriff des eigenen politischen Empfindens und normativen Selbstverständnisses erhoben wurden.

Diese berühmte Kriegsbegeisterung erzeugte eine Atmosphäre, in welcher die nüchterne Urteilskraft kein Gehör fand und das Niveau gedanklicher Reflexion sich in eine erschreckende Euphorie, in ein Fieber stürzte, in welchem alle klassischen Argumentationen der politischen Theorie plötzlich verdampften und vom Wind der Begeisterung hinweg gefegt wurden. In gelehrten Ergüssen von Personen des öffentlichen Lebens, die sich vorher nie zu politischen Fragen geäußert hatten (Gerhart Hauptmann), die teilweise sogar einen entschieden anti-politischen Gestus gepflegt hatten (Werner Sombart), wurde nicht nur Bekenntnis abgelegt für die eigene patriotische Gesinnung, sondern man wollte zugleich den eigentlichen Sinn des Krieges erklären. Der Beitrag Sombarts zur Sinnfrage des Krieges gehört zu den berühmtesten Ergüssen der professoralen Kriegspublizistik. In der Broschüre *Händler und Helden*<sup>4</sup> stellte der Nationalökonom dem deutschen Händlervolk das englische Krämervolk entgegen. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Sombart noch vor dem Krieg die Engländer mit den Deutschen zusammen zu den Hel-

---

4 Werner Sombart, *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen*, München 1915. Hierzu Lenger, *Werner Sombart*, 1993, S. 246–249 und Lenger, *Sombart als Propagandist*, 1996.

den rechnete und nun stillschweigend die Eingruppierung veränderte.<sup>5</sup> Das Vordringen der englischen Krämerkultur vor dem Krieg auch in Deutschland sei für den Kulturpessimismus dieser Zeit verantwortlich gewesen, von dem er selber sich nun mit Hilfe des Kriegs befreit sah. Denn die Technik der Waffen und die Uniform enthüllen nun erst ihren höheren, kulturenmöglichenden Wert und stellen den höchsten Sinn dar. Diese Thesen wurden dabei mit zahlreichen gelehrten, philosophischen und wissenschaftlichen Überlegungen „bewiesen“. Die Sinnstiftungsliteratur war ein bildungsbürgerliches Ereignis und trug komprimiert alle Züge bildungsbürgerlicher Geltungssucht,<sup>6</sup> die für das politische Denken nur selten Früchte getragen hat. War es zunächst nur um die Erklärung oder Rechtfertigung der Regierungspolitik bei unmittelbaren Kriegseignissen gegangen, wie den Bruch der Neutralität Belgiens, die Behandlung der dortigen Zivilbevölkerung und umgekehrt die Auffassung in der deutschen öffentlichen Meinung von einem aufgenötigten Defensivkrieg und später die Hungerblockade der Alliierten, steigerte sich die intellektuelle Auseinandersetzung dann zu ungeahnten Dimensionen. Obwohl es einige wenige Stimmen gab, die den Interessenkonflikt der Staaten als Ursache des Krieges betonten, wie Otto Hintze,<sup>7</sup> provozierte die „Größe“ des Ereignisses weniger profane Erklärungsversuche. Die Suche nach einer Sinnstiftung maß sich an der Größe der Kriegseignisse selbst, der Anzahl der beteiligten Völker und Nationen, der Anzahl der unmittelbar militärisch Beteiligten, der Größe der Auswirkungen. Die Größe des Weltkrieges und die Probleme seiner geistigen Vergegenwärtigung<sup>8</sup> verlockten zu einem angemessenen begrifflichen Rahmen der theoretischen Bewältigung dieses Erlebnisses in gleichfalls gigantomantischen Kategorien. Sinnstiftungen geschichtsphilosophischen oder gar metaphysischen Ausmaßes erschienen dem Ereignis angemessener als herkömmliche interessenpolitische Betrachtungsweisen. Die Sinnhaftigkeit des Krieges wurde daher von der politischen Interessensphäre auf die weltanschauliche, kulturelle Sphäre übertragen und der politische Gegensatz wurde zum weltanschaulichen, kulturellen Gegensatz stilisiert, zu einem Krieg der Geister,<sup>9</sup> zu einem Kulturkrieg.<sup>10</sup> Dabei schaukelten sich die

---

5 Lenger, *Werner Sombart*, 1993, S. 246.

6 Bollenbeck, *Bildung und Kultur* 1994, S. 272–277.

7 „Es handelt sich in diesem großen Völkerringen in erster Linie nicht um Kulturideen, sondern um sehr reale Lebensinteressen der Völker und Staaten“: Otto Hintze, *Der Sinn des Krieges*, in: ders., Hrsg., *Deutschland im Weltkrieg 1916*, 2. Band S. 820ff.

8 Max Scheler, *Soziologische Neuorientierung*, in: *Krieg und Aufbau*, Leipzig 1916, S. 245: „Er [der Krieg] ist geradezu das erste Ereignis der bisherigen Geschichte überhaupt, das unter einer restlosen Teilnahme der gesamten Erdbewohnerschaft vor sich geht. Er ist in dieser Hinsicht Kulminationspunkt allmenschlicher Erlebniseinheit in der bisherigen Menschheitsgeschichte, das erste Erlebnis, das man ohne Einschränkung und Bildlichkeit ein Gesamterlebnis der Menschheit nennen kann.“

9 Hermann Kellermann, *Der Krieg der Geister*, Weimar 1915 gab schon zeitgenössisch eine Sammlung einschlägiger Reden und Vorträge der ersten Kriegszeit; ferner für den Bereich der Gelehrten und Wissenschaftler: Böhme, *Aufrufe und Reden*, 1975.

10 Ernst Troeltsch, *Der Kulturkrieg*, 1915, in: *Deutsche Reden in schwerer Zeit* Band 3, Berlin 1915, S. 210.

selbsternannten Sinnstifter auf beiden Seiten des militärischen Konfliktes gegenseitig hoch.

Auch in den westlichen Ländern stellte der Weltkrieg ein einschneidendes Erlebnis dar, welches im Bewußtsein der Völker und ihrem kollektiven Gedächtnis so tiefe Spuren hinterließ, daß es das Erlebnis des Zweiten Weltkrieges überdauerte.<sup>11</sup> Die Bedeutung, die man dem Tag des Waffenstillstandes des ersten Weltkrieges in England beimißt, sowie die Stellung, die Verdun im kollektiven Gedächtnis Frankreichs besitzt, legen hierfür Zeugnis ab. Aber wie in Deutschland gab es auch in den Ländern der Entente zunächst das Phänomen der Kriegsbegeisterung und die Ideologie der nationalen Einheit angesichts der kriegerischen Herausforderung.<sup>12</sup>

So war für Frankreich die „union sacrée“ das politische Glaubensbekenntnis der inneren Einheit. Als Schlagwort des Krieges wurde ihre Formel in einer Botschaft des Präsidenten der Republik Raymond Poincaré vom 4.8.1914 an die Abgeordneten geboren. Die Zeitschriften griffen das neue Symbol der inneren Einheit Frankreichs während des Krieges über die weltanschaulichen Grenzen hinweg auf.<sup>13</sup> Der Verhaftungsplan des „Carnet B“, wonach die sozialistischen Politiker eine Gefahr für den Frieden an der Heimatfront darstellen könnten, blieb unangewendet und gerade die linken Blätter steigerten sich zu einem vorher ungekannten Nationalismus. In den Kreisen der literarischen Publizisten entstand geradezu eine Literatur der union sacrée.<sup>14</sup> Hier taten sich neben Maurice Barrès auch Bergson, Anatole France und Materlinck hervor. Die Parallelen zu Deutschland waren in dieser Hinsicht sehr groß, nur daß hier die Republikaner federführend waren auch in der Regierungsbildung und sich sehr wohl zu verwehren wußten gegen Versuche der anti-republikanischen Rechten, die union sacrée in deren Sinne zu mißbrauchen.<sup>15</sup> Die Republikaner ihrerseits und unter ihnen nicht zuletzt die Führer der Gewerkschaften orientierten sich gerne an der revolutionären Tradition. Der Tod von Jean Jaurès war nicht nur der Auftakt eines ungebremsen Nationalismus seitens der Rechten, sondern konnte vor allen Dingen den überschwenglichen Patriotismus der Sozialisten nicht bremsen. Bei den Trauerfeierlichkeiten zog Léon Jouhaux eine Linie von den revolutionären Kriegen des Jakobinismus zum Weltkrieg. Als Sprecher der Gewerkschaft C. G. T. gemahnte er, daß die in den Krieg ziehenden Soldaten das gleiche Anliegen hätten wie die revolutionären Soldaten des Jahres II der Republik (1793), die „die Freiheit in die Welt trugen“.<sup>16</sup> Gustave Hervé wurde frühzeitig zum Sprecher der Sozialisten, die sich hinter die Regierung stellten und den Krieg unterstützten. Das Pathos war nicht minder groß als in Deutschland. Die Skepsis der Intellektuellen bezüglich des

11 Wohl, *Generation of 1914*, 1980 oder Leed, *No Man's Land*, 1979.

12 Willis, *England's Holy War*, 1928; Stromberg, *Redemption by War*, 1982.

13 Beginnend mit *Le Temps* als Titel von drei Artikeln am 6., 8. und 15. August 1914 bis zur *Action Française* und *L'Humanité*, vgl. Becker, *1914: comment les français*, 1977, S. 367ff.

14 Schinz, *French Literature*, 1920, S. 6ff.

15 „L'Union nationale, qui, la réconciliation, qui, mais avec ceux qui acceptent la forme démocratique que le pays s'est librement donnée.“ *L'Humanité* vom 9. August 1914 gegen einen Artikel in der *Action Française* in Zusammenhang mit der Ermordung von Jean Jaurès: Becker, *1914: comment les français*, 1977, S. 503.

16 Zitiert nach Caron, *Frankreich*, 1991, S. 588.

Sinns des sich anbahnenden Krieges im Vorfeld der weitestgehend geheim verlaufenden Kabinettsentscheidungen der beteiligten Regierungen wich einer im Vergleich dazu schwer nachvollziehbaren Zustimmung zum Krieg, gefolgt von überschwenglichen Versuchen, den Sinn des Krieges in Überlegungen zu finden, die weit über die unmittelbaren Anlässe des Kriegsausbruchs selbst und weit über die nüchternen Fragen der realpolitischen Interessenkonstellation hinausreichten.

In Großbritannien war die Frage des Kriegseintritts besonders umstritten. Dennoch trat auch hier mit dem *fait accompli* der Regierung ein rascher Meinungsumschwung ein.<sup>17</sup> Die akademische Welt Großbritanniens fühlte sich freilich der deutschen Wissenschaft besonders verbunden.<sup>18</sup> Es kam zunächst zu einem „Scholars Protest against war with Germany“,<sup>19</sup> der den Krieg mit Deutschland als schwere Schädigung der Zivilisation verurteilte, an deren Spitze stehend man sowohl England als auch Deutschland ansah.<sup>20</sup> Als aber die ersten Nachrichten von deutschen Kriegsgreuel eintrafen,<sup>21</sup> änderte sich rasch das Meinungsklima. Neben der Verletzung der Neutralität Belgiens war es vor allen Dingen die Vorgehensweise gegen belgische Franktireure und die übrige Zivilbevölkerung und der Brand der Löwener Bibliothek, welche die akademische Welt der Entente dazu veranlaßte, den Sinn des Krieges gegen Deutschland weitaus tiefer zu verwurzeln, als es die genannten Umstände erforderlich gemacht hätten. Noch vor dem Einmarsch in Belgien und der Zerstörung der Bibliothek von Leiden sowie den Formen, die die Bekämpfung der feindlich eingestellten Bevölkerung seitens der Deutschen annahm, wurden die Stichworte gegeben, die die weitere Sinnstiftung in der britischen Öffentlichkeit erfolgreich prägen sollte. In einem Brief des Fellows des Trinity College zu Oxford, H. Stuart Jones, Mitglied des reichsdeutschen Archäologischen Institutes, warf er den Gelehrten des erwähnten Times-Briefes vor, unberücksichtigt gelassen zu haben, daß Deutschland nicht von Gelehrten regiert werde, sondern von Staatsleuten, für die eher die Schriften von Treitschke und Bernhardi repräsentativ seien.<sup>22</sup> Damit tauchten in der Öffentlichkeit erstmals die zwei Namen auf, die fortan für den Nachweis der These vom deutschen Militarismus als Kronzeugen herbeigerufen wurden.<sup>23</sup> Hier halfen auch nicht Einwendungen, wonach selbst für Deutsche Treitschke oder Bernhardi zu-

---

17 Keiger, *Britain's „Union sacrée“*, 1990 berichtet, wie innerhalb von Tagen sich substantielle Opposition gegen den Krieg in Befürwortung und freiwillige Unterwerfung unter die Belange der Nation erfolgte: am Beispiel Irlands, am Beispiel Manchesters, und zwar auch und gerade in den Reihen der Intellektuellen und Labours.

18 Wallace, *War and the Image of Germany*, 1988, S. 1–29: zeigt die vielfältig beobachtbare Vorbildfunktion der deutschen Universität für England und die intensiven Kontakte beider Wissenschaftskulturen.

19 In der Times vom 1. August 1914, S. 6.

20 Wallace, *War and the Image of Germany*, 1988, S. 24f.

21 Zum Phänomen einer sich gegenseitig aufwiegelnden „Greuelpropaganda“, vgl. Kestler, *Deutsche Auslandsaufklärung*, 1994, S. 127–140. Zur leichten Abrufbarkeit kollektiver Feindbilder vgl. Jeismann, *Vaterland der Feinde*, 1992.

22 Times vom 4. August 1914, S. 5, bei Wallace, *War and the Image of Germany*, 1988, S. 26.

23 Zum Beispiel J. A. Cramb, *Germany and England* 1914.

nächst nichts mehr als Namen seien.<sup>24</sup> Statt dessen setzte nun eine umfängliche Treitschke- und Bernhardi-Rezeption in England noch während des Ersten Weltkrieges ein, die einen scharfen Kontrast zwischen deutschem und westlichem politischen Denken behauptete.<sup>25</sup> Selbst Ernest Barker, der als Übersetzer der großen ideengeschichtlichen Arbeit von Otto Gierke zu Althusius zu den intimen Kennern des deutschen politischen Denkens zählte, zeichnete eine Linie von Nietzsche bis Treitschke, die für die zivilisatorische Andersartigkeit verantwortlich sei, die nun bekämpft werde.<sup>26</sup> Mit Zitatenzusammenstellung aus Werken von Treitschke, Nietzsche und Bernhardi schien sich das Unerklärliche der Barbarei der deutschen Kriegführung wenigstens in eine gedankliche Tradition einordnen zu lassen.<sup>27</sup> Auch in Frankreich trat das Phänomen der einseitigen Reduzierung der politischen Philosophie Deutschlands auf Hegel, Treitschke, den Reden Bismarcks und den Publikationen Bernhardis hervor.<sup>28</sup>

Nun gab es in England also zwei Deutschlandbilder und gerade den Liebhabern Deutschlands wurde bewußt, daß sie sich entscheiden mußten, welches Bild sie für repräsentativ erachteten, was aber hieß: ob sie den Krieg mit dem Herzen billigten und unterstützten, oder aber mit innerer Reserve begleiteten. Michael Sadler brachte seinerzeit den Zusammenhang dieser beiden Bilder zum Ausdruck und die indirekte Verantwortung der nichtregierenden deutschen Gelehrten für die Form der tatsächlichen Regierung: „Of the two Germanys the one you and we love is not responsible for this wickedness, except so far as it has not had the moral or physical courage enough to stab Junkers in the face long ago“.<sup>29</sup> Das hätte die Grundlage auch für die herausgeforderte deutsche Gelehrtenwelt sein können, sich ihres tatsächlichen Verhältnisses und Einflusses auf die deutsche Beamtenregierung klar zu werden. Diese entscheidende Frage ließ sie aber zunächst völlig unbeantwortet, im Taumel des Patriotismus erachtete sie sie nicht einmal als einer Klärung bedürftig. Statt dessen wurde der Militarismus-Vorwurf positiv gewendet. Die militaristischen Aspekte des Obrigkeitsstaates, die man vor dem Krieg kritisiert hatte, wurden nun unter den Erfahrungen des Weltkrieges zu Charakterzügen des Volkskrieges umdefiniert und akklamiert.<sup>30</sup> Zu beobachten war diese Konversion vor allen Dingen in den zahlreichen Manifesten und öffentlichen Briefen von Intellektuellen und Gelehrten, die den Militarismus-Vorwurf in der öffentlichen Meinung der westlichen Kriegsgegner energisch zurückwiesen.

---

24 J. W. Allen, *Germany and Europe*, London 1915, S. 4, erörtert bei Wallace, *War and the Image of Germany*, 1988, S. 68.

25 Wallace, *War and the Image of Germany*, 1988, S. 67ff.

26 Ernest Barker, *Nietzsche and Treitschke: The Worship of Power in Modern Germany*, Oxford 1914.

27 Vgl. Ungern-Sternberg/Ungern-Sternberg, *Der Aufruf „an die Kulturwelt“*, 1996, S. 81–104 zum Deutschlandbild in Frankreich, England und den USA und seinen Klischees.

28 In einer Zitatenauflistung rangierten diese vier „Kronzeugen“ deutschen politischen Denkens in der Spitze: Huber, *Die französische Propaganda 1928*.

29 Wallace, *War and the Image of Germany*, 1988, S. 31.

30 Conze/Geyer, *Militarismus*, 1978, S. 39f.; vgl. ferner Stargardt, *The German Idea of Militarism*, 1994, S. 152 und Fries, *Die große Katharsis*; Band 2 1995, S. 195ff.

Von den vaterländischen Festtags- und Feierreden der Akademiker zum Geburtstag des Kaisers, zu denen nun auch jährliche Feiern des 4. August hinzukamen bis hin zur Gattung der Manifest-Literatur schien die für die deutsche Publizistik so kennzeichnende „Gelehrtenpolitik“<sup>31</sup> im Weltkrieg nicht nur ihre Fortsetzung zu erfahren, sondern ihren eigentlichen Höhepunkt zu erreichen.<sup>32</sup> Viele ältere Gelehrten erinnerten sich angesichts des Erlebnisses der Stimmung beim Kriegsausbruch an ihre eigene Jugend, in der sie selber die Gründung des Bismarck-Reiches mit Waffengewalt erlebten hatten, ja teilweise selber als Soldaten daran mitgewirkt hatten. Repräsentativ hierfür ist eine der frühesten Publikationen mit den patriotischen Reden zum August 1914, „Deutsche Reden in schwerer Zeit“.<sup>33</sup> Zu dieser Generation gehörte auch Otto von Gierke. Gierke betonte nicht nur seine eigenen Erfahrungen der Jahre 1866 und 1870, sondern unterstrich damit auch seine Auffassung von der kulturzerstörenden wie -bringenden Wirkung des Krieges überhaupt. Die Geschichte „lehrt uns aber auch, daß der Krieg stets die große Probe nicht nur für die Waffenmacht, sondern auch für die sittliche Kraft der Gemeinwesen war.“<sup>34</sup> Es ist die Probe für die Wertbeständigkeit von Vorstellungen, „was innerlich gesund und des Bestandes noch wert war, zu neuem reicheren Leben erweckt, und wenn es zu wanken schien, gefestigt, wenn es zu altern schien, verjüngt.“

Von ganz anderer Qualität waren aber Versuche der Gelehrtenpolitik, aktiv in die politische Meinungsbildung einzugreifen, und sie nicht nur gelehrt und aufklärend zu begleiten. Der Aufruf der 93 an die „Kulturwelt“ vom 4. Oktober 1914 war ein Beispiel eines solchen Interventionsversuches, der besonders große Resonanz erreichte.<sup>35</sup> Ähnlich wie in der *Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches*<sup>36</sup> vom 16. Oktober 1914 stellten sich deutsche Gelehrte vorbehaltlos hinter die deutsche Reichsleitung.<sup>37</sup> Die Wirkung im insbesondere neutralen Ausland war verheerend, bestätigten damit die deutschen Gelehrten doch selber die ihnen anhand der mit Hegel, Treitschke und Bernhardi künstlich aufgestellten Schablone insinuierten Charakterzüge. Einer der Unterzeichner, der Altertumshistoriker Eduard Meyer, äußerte brieflich seine Zweifel, ob überhaupt von

---

31 Ringer, *Die Gelehrten*, 1983; Bruch, *Wissenschaft*, 1980; Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, 1980; Jansen, *Deutsche Professoren*, 1992.

32 Bleuel, *Deutschlands Bekenner*, 1968; Schwabe, *Kriegsmoral*, 1969.

33 *Deutsche Reden in schwerer Zeit* – gehalten von den Professoren an der Universität Berlin, Berlin 1914. Dieser Band umfaßt Reden vom 27. August 1914 bis zum 18. November 1914, u. a. Wilamowitz-Moellendorff, Delbrück, Gierke, Lasson, Harnack, Riehl, Franz von Liszt.

34 Otto von Gierke, *Krieg und Kultur*, ebda., S. 75–101, S. 81.

35 Böhme, *Aufrufe und Reden*, 1975, S. 47ff., Hermann Kellermann, *Der Krieg der Geister*, Weimar 1915, S. 67ff.; Brocke, *Wissenschaft und Militarismus*, 1996.

36 Abdruck bei: Hermann Kellermann, *Der Krieg der Geister – eine Auslese deutscher und ausländischer Stimmen zum Weltkrieg*, Dresden 1915, S. 21–25.

37 Nach dem Krieg konfrontierte Hans Wehberg aus der jungen Riege überzeugter Pazifisten und Anhänger eine ausgeprägt internationalistischen Völkerrechts die Unterzeichner mit diesem Aufruf und dokumentierte ihre Kommentare. Nicht alle wichen von ihrer Meinung zu Beginn des Krieges ab: Hans Wehberg, *Wider den Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld*, Charlottenburg 1920. Vgl. Ungern-Sternberg/Ungern-Sternberg, *Der Aufruf „an die Kulturwelt“*, 1996.

einer Beweisführung in diesem Manifest gesprochen werden könne, von welcher man ernstlich eine Überzeugungsarbeit bei den Neutralen erwarten dürfe. Er stellte selber klar, daß die Argumentation im Manifest nur darauf beruhte, den Angaben der eigenen Behörden Glauben zu schenken. Diese Form der Beweisführung kann aber nach Meyer die Neutralen nicht überzeugen. Statt dessen hätte man Aufklärungsarbeit mit den Behörden an Ort und Stelle leisten müssen und Fakten zusammentragen, um überzeugend zu wirken.<sup>38</sup>

Eine feinsinnige Studie des Psychologen Max Dessoir machte angesichts der Erlebnisse der ersten Kriegsmonate auf die Gefahren aufmerksam, denen eine übersteigerte eigene Propaganda ausgesetzt war und welche gegenteilige Wirkung sie auf den Gegner ausüben konnte. Dessoir versuchte in einer Ansammlung von privaten Zuschriften ausländischer Freunde, die sein Mißbehagen teilten, gegen das Übergewicht des Nationalismus unter Intellektuellen eine Mäßigung zu erzielen.<sup>39</sup> Man konnte nur hoffen, daß nach der ersten Welle patriotischer Begeisterung wieder abwägende Urteilskraft und Verstandesvermögen Einzug halten würden. In dieser Untersuchung stehen weder Kriegsbegeisterung noch die „Ideen von 1914“ im besonderen im Zentrum der Darstellung. Sie bilden aber den Hintergrund, vor dem die weniger emotionale und stärker reflektive, auf Argumentation bedachte politische Literatur während des Krieges verstanden werden muß. Denn die Sinnstiftungsliteratur hatte zwar mit Laufe des Krieges einen immer geringeren Einfluß auf die argumentative politische Literatur, aber sie erschwerte erheblich deren Resonanz. Dies zeigte sich bereits bei den ersten Publikationen, die vorsichtig abwägend sich ein tragfähiges Bild von der Lage machen wollten und weniger den Wunsch als Vater des Gedankens sprechen ließen. Anlaß zu einer solchen Abwägung bot bereits die Marne-Schlacht vom August 1914. Sie bildete nämlich die zunächst nur von wenigen Beobachtern zur Kenntnis genommene zweite Zäsur des Krieges, da mit ihr die militärische Pattstellung vor allen Dingen im Westen erreicht wurde und das Wesen dieses Krieges von Grund auf veränderte: Aus dem geplanten Offensivfeldzug eines Sommers drohte ein lange anhaltender Krieg zu werden, der nicht nur ein militärisches, sondern ein wirtschaftliches, ein gesellschaftliches und schließlich auch ein politisches Kräfteressen zum Gegenstand hatte. Die ersten Autoren, die die Veränderung des Krieges antizipierten, waren Hans Delbrück und Walther Rathenau.

---

38 Eduard Meyer an Theodor Wiegand vom 7. Oktober 1914, bei: Ungern-Sternberg/Ungern-Sternberg, *Der Aufruf „an die Kulturwelt“*, 1996, S. 61 und S. 185f.

39 In einem Beitrag für das Berliner Tageblatt vom 25. November 1914, abgedruckt bei: Hermann Kellermann, *Der Krieg der Geister*, 1915, S. 19ff.

## II. Der auf Dauer gestellte Krieg als Herausforderung der Theoriebildung

Nach einer ersten Phase intellektueller Rechtfertigung und unkritischer Selbstidentifikation mit der politischen Ordnung des Obrigkeitsstaates kam es zu einer Zäsur in der Wahrnehmung dieser Kriegserfahrung, als sich zeigte, daß der Krieg nicht nur ein Sommerfeldzug war, sondern ein länger anhaltender Zustand. Der Krieg wurde zunächst als eine ausschließlich militärische Operation begriffen, die vom Hinterland aus mit angehaltenem Atem beobachtet und deren Ende mit einer Mischung von Hoffnung und Schrecken herbeigesehnt wurde. Der Krieg wandelte auch in den Augen der Zeitgenossen sein Antlitz erst in dem Augenblick, als klar wurde, daß es sich nicht um einen klassischen Sommerfeldzug handelte, sondern um ein länger, vielleicht Jahre anhaltendes Ringen, das die Anspannung aller Kräfte verlangte und damit mittelfristig zu radikalen Veränderungen auch des Hinterlandes selbst führen mußte. Der alte Moltke hatte es bereits für jeden zukünftigen Krieg prophezeit und zu Beginn des Krieges prophezeit es Kitchener erneut. Als nach dem Ende des Sommers man zumindest von Weihnachten als spätesten Termin des Kriegsendes sprach, äußerte der greise britische Feldmarschall die Prognose, wonach der Krieg viele Jahre andauern werde. Doch stieß diese Prophezeiung bei den meisten Experten wie in der Bevölkerung auf völliges Unverständnis.<sup>1</sup>

Im Herbst 1914 konnte die militärische Situation für den deutschen Betrachter noch trügerisch positiv erscheinen. Zwar standen die deutschen Truppen tief in Frankreich und in der Schlacht von Tannenberg war es im Osten zu einem unerwartet deutlichen Sieg über Rußland gekommen: die Sterne Ludendorffs und Hindenburgs stiegen empor. Aber die militärische Leistung Joffres, die seit Wochen im Abwehrkampf zermürbte Front zu stabilisieren und auch noch zur Marneschlacht zu führen, kam für den deutschen Generalstab überraschend und erbrachte nach dem Wettlauf zum Meer und dem Eingraben der Truppen eine grundsätzlich veränderte strategische Situation. Die militärische Strategie hatte vor Ausbruch des Krieges auf dem berühmten Schlieffen-Plan beruht, der eine rasche Niederschlagung Frankreichs durch eine einseitig konzentrierte Zangenbewegung vorsah, um rasch Truppen frei zu bekommen für das eigentlich als Hauptgegner angesehene zaristische Rußland, dessen langwierigere Mobilmachungsphase die ungleichzeitige Frontführung erlaubte. Diese Strategie war nun in eine Sackgasse geraten. Der vielleicht

---

1 Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren*, Berlin 1935, Band 1, S. 299.

erste namhafte Autor, der hierauf aufmerksam machte und zugleich eine neue Strategie der militärischen Operationen unter Einbeziehung politischer Überlegungen verlangte, war Hans Delbrück. Das Beispiel der Rezeption der Delbrückschen Intervention zeigt, wie wenig aufgeschlossen das gelehrte Publikum im Zeichen der noch anhaltenden Kriegsbegeisterung für eine nüchterne Argumentation war.

## 1. Delbrück und Rathenau und die Wahrnehmung des lange anhaltenden Krieges

Als der Weltkrieg ausbrach und das strategische Kalkül des Generalstabes aufzugehen schien, erreichte die Vorstellung eines Primates des Militärischen seine höchste Plausibilität. „Überhaupt der Begriff des rein militärischen feiert hier Orgien“ berichtete Riezler nach seinem Besuch im Großen Hauptquartier.<sup>2</sup> Die Bekämpfung eines rein selbstbezüglichen Primates des Militärischen gehörte zu den wichtigsten Anliegen von Hans Delbrück. Delbrück<sup>3</sup> gehörte zu einer preußischen Beamtenfamilie, die weit verzweigt und tief im preußischen Staat verwurzelt war. Er selber war Prinzenenerzieher des späteren Kaiser Friedrich III. gewesen, und Träger des Eisernen Kreuzes im Deutsch-Französischen Krieg, innerlich zutiefst mit der Preußischen Tradition verbunden. Mit der Übernahme der *Preußischen Jahrbücher* und der Nachfolge Treitschkes in dieser Tätigkeit trat aber auch publizistisch endgültig zu Tage, daß er kein borussischer Preuße war,<sup>4</sup> sondern ständig um die Anpassung und Neuformulierung des konservativen Denkens in sich wandelnden politischen Konstellationen bemüht war. Ferner wurde er gegen den Widerstand des Militärs erster ziviler Militärhistoriker mit einem entsprechenden Lehrstuhl und führte von dort aus einen einsamen Kampf um das militärstrategische Denken und die Stellung des Politischen darin.<sup>5</sup>

Delbrück nun veröffentlichte im Herbst eine Studie der Kriegssituation,<sup>6</sup> in welcher er die bisherige Strategie mehr oder weniger für gescheitert erklärte, einen lange anhaltenden Krieg diagnostizierte (auch wenn selbst ihm zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar war, wie lange der Krieg tatsächlich dauern würde) und zur Ausarbeitung einer neuen Strategie aufforderte, in welcher die politische Haltung auf die veränderte militärische Situation reagieren sollte. Delbrück hatte vorsichtig den Hoffnungen der Siegfriedensanhänger entgegensteuern wollen. Aber Delbrücks analytischer Standpunkt, seine nüchterne und ohne allen moralischen oder kulturphilosophischen Überschub getriebene Abwägung sachlicher Argumentation, stieß in der Öffentlichkeit auf keinerlei Verständnis. Im

2 Riezler, *Tagebücher*, 1972, Eintragung vom 20. September 1914, S. 207.

3 Steger, *„Deutsche Weltpolitik“*, 1955; Annelise Thimme, *Hans Delbrück*, 1955.

4 Schleier, *Treitschke, Delbrück und die Preußischen Jahrbücher*, 1967.

5 Lange, *Hans Delbrück*, 1995.

6 Hans Delbrück, *Die Kriegsergebnisse von Ende August bis gegen Ende September – der zukünftige Friede*, in: *Preußische Jahrbücher* 158 (Oktober-Dezember 1914), Oktoberheft, S. 182–192. Der Beitrag ist datiert auf den 27. September 1914.

Gegenteil mußte Delbrück hinfort Spott und Hohn über sich ergehen lassen. Der *Kladderadatsch* dichtete zu Delbrücks Forderung nach einer Gleichgewichtspolitik im europäischen Konzert der Mächte: „Ein ewiges Schrecken an Memel und Rhein, ein banges Harren in Druck und Pein“ und behauptete, Delbrück habe selber sein Gleichgewicht verloren.<sup>7</sup> Die *Süddeutsche Zeitung* veröffentlichte einen Leitartikel von Johannes Haller, der sich über die ganze Titelseite erstreckte, und in welchem Delbrücks Mäßigungsforderungen umständlich argumentierend und im emphatischen Ton vorgetragen, zurückgewiesen wurden.<sup>8</sup> Man deutete Delbrücks Überlegungen nur als Schwächung der inneren Front und als Mißtrauen gegenüber der Siegeszuversicht der Bevölkerung wie der Leistungsfähigkeit der militärischen Führung. Delbrück war bei den Anhängern des Siegfriedens ohnehin als „Flaumacher“<sup>9</sup> verschrien und hatte sich zum Beispiel in des Kronprinzen Augen mit seinem genannten Artikel erneut als ein solcher<sup>10</sup> gezeigt. In einem Brief an seinen kaiserlichen Vater bezeichnete der Kronprinz später Delbrück als vaterlandslosen Kerl und verlangte dessen Entlassung von einer deutschen Universität. In der öffentlichen Meinung machte sich eine Stimmung breit, die einer analytischen Darlegung von Handlungsoptionen und einer nüchternen Beobachtung der Vorgänge sehr abträglich war. Dabei hatte Delbrück nicht mehr getan, als die strukturelle Entwicklung der Kriegsumstände zu reflektieren und die daraus folgenden Probleme ansatzweise entwickelt.

Anders erging es Walther Rathenau. Auch er zog erste Schlüsse aus der Beobachtung, daß der Krieg länger dauerte als dies offensichtlich die Regierung und die militärische Führung geplant hatten. In einer Denkschrift, die von seinem Mitarbeiter in der AEG, Wichard von Moellendorff angeregt wurde, wies er auf das Problem der Rohstoffversorgung hin, deren Importabhängigkeit es erforderlich machte, die im Inland vorhanden, aber in privatem Eigentum befindlichen Rohstoffe zu erfassen und zu verwalten, und zwar als unmittelbar militärische Obliegenheit.<sup>11</sup> Damit hatte Rathenau als erster auf die praktischen Folgen des auf Dauer gestellten Krieges aufmerksam gemacht. Die daraufhin gegründete Kriegsrohstoffabteilung im Kriegsministerium, deren erster Leiter Rathenau selber wurde, leitete die gewaltige Organisationsinnovation von Reichsbehörden ein, die im Ergebnis einen für damalige Verhältnisse gigantischen Apparat zur Planwirtschaft der Rohstoffverwaltung heraufbeschwor. Hier war eine „Vision eines Behemoth-Staatswirtschaftskolosses“<sup>12</sup> am Werke, die sich fern aller parteipolitisch-ideologischen Weltanschauungskämpfe am Nerv der modernen Gesellschaft und ihren Ordnungs- und Organi-

---

7 Der *Kladderadatsch* Nr. 41, S. 4: im Nachlaß Delbrücks aufbewahrt im Karton Nr. 35 „Polemik“.

8 Im Nachlaß Delbrücks aufbewahrt im Karton Nr. 35 „Polemik“.

9 So der Alldeutsche Verband auf seiner ersten Kriegssitzung am 28. August 1914 über Delbrück, seine „Gruppe“, der Kanzler, SPD, Deutsche Bank (Gewinner): Stegmann, *Erben Bismarcks*, 1970, S. 458.

10 Der Kronprinz bezeichnete in einem Telegramm an den Kaiser vom 26. Februar 1915 Delbrück als Flaumacher und weltfremden Idioten, angegeben bei Westarp, *Konservative Politik, 1935*, Bd. 2, S. 186f.

11 Feldman, *Armee*, 1985, S. 52–57, Hecker, *Rathenau*, 1983.

12 Schulze, *Der Aufstieg des Nationalsozialismus*, 1975, S. 150 mit Bezug auf Beiträge von Gerhart von Schulze-Gävernitz, Jaffé, Plenge, Sombart Rathenau und Moellendorff (S. 149–153).

sationsprinzipien wählte, wie sie der Krieg gewissermaßen als erkenntniserhellendes Experiment unverstellt vor Augen führte.

Rathenau gehört zu den unabhängigsten und zeitgenössisch umstrittensten Denkern des deutschen Sprachraums.<sup>13</sup> Seine beruflichen, seine philosophischen Interessen und literarischen Ambitionen hoben ihn in vielerlei Hinsicht aus dem durchschnittlichen Erscheinungsbild der Teilnehmer des Gesprächsfeldes heraus. Auch sein wirtschaftspolitisches Engagement war eingebettet in eine weitaus umfänglichere zivilisationsgeschichtliche Grundauffassung über die Gesetze der eigenen Epoche. In einem unpolitischen Sinne wurde für Rathenau der Gedanke der Diktatur in der Wirtschaft zur leitenden Idee.<sup>14</sup> „Und mein ‘Diktator‘? Er ist schon da, und Sie werden ihn nicht aus der Welt schaffen. Nur bei Ihnen ist er ein Tyrann und wird zum Despoten, bei mir wird er zum konstitutionellen Diener des Staates. Er heißt Syndikat, Trust, Verband...Die Frage ist nur: Soll er die Macht, die Sie ihm nicht nehmen können, und die Ihr System zerbricht, belassen oder wollen wir sie zum Nutzen der Allgemeinheit regeln?“ In einem Vortrag von 1916 sagte Rathenau programmatisch: „Wirtschaft ist nicht länger Sache des Einzelnen, sondern Sache der Gesamtheit. Wirtschaft bleibt nicht länger Privatsache; sie wird res publica, die Sache Aller.“<sup>15</sup> Trotz eines Plädoyers für die Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Initiative aus Gründen der Unersetzbarkeit unternehmerischen Geistes und der ihr komplementären privaten Verantwortung setzte sich Rathenau nicht für die Beibehaltung des Privatkapitalismus ein, dessen Dominanz er ohnehin für historisch beendet erklärte, sondern ein „kollektiver Kapitalismus“, dessen Reglementierungsbedarf Sache der Allgemeinheit sein sollte. Allgemeinheit war aber bei Rathenau kein politischer Begriff mehr, sondern eine Umschreibung für die immanente Logik der Planungsbedürftigkeit des Wirtschaftskreislaufs und seiner Reglementierung nach rein sachlichen Gesichtspunkten. „Allgemeinheit“ war mit „Sachkompetenz“ identisch.<sup>16</sup> Die Legitimation des Privaten schöpfte nicht mehr aus der Quelle im Heiligtum des Eigentums, sondern aus dem Dienst des Privaten am Allgemeinwohl und der daraus folgenden Notwendigkeit der Unterordnung des Einzelnen. Er sah auch nicht „gefühllos der Auflösung der alten Wirtschaftsfreiheit entgegen“ (S. 78). Aber gerade der Blick auf die „Menschenwürde“ machte es ihm zufolge unmöglich, aus Sentimentalität gegenüber der Überlieferung auf die notwendigen Strukturveränderungen zu verzichten (S. 24), denn nun war die große Zahl ausschlaggebend. Dieser Blick kühler Sachkompetenz maß der Allgemeinheit im politischen Sinne keinen normativen Mehrwert bei. Die Demokratie wird kommen, das war seine Überzeugung, aber er wird keine Demokratie sein, hieß seine Formel. Der sachliche Blick des Technokraten betrachtete die Demokratie im

---

13 Bendixen, *Das Staatsdenken Walter Rathenaus*, 1971; Berglar, *Walter Rathenau*, 1970; Kessler, *Walter Rathenau*, 1962.

14 Rathenau, im Briefwechsel mit Franz Oppenheimer, an diesen vom 14. März 1918, in: ders., *Briefe*, Band I, Dresden 1927, S. 384.

15 Walther Rathenau, *Probleme der Friedenswirtschaft*, Vortrag vom 18. Dezember 1916, Ges. Schriften 1918 Band 5, S. 59ff., S. 71.

16 Walther Rathenau, *Die neue Wirtschaft*, Berlin 1918, S. 79.

Lichte des technisch-institutionellen Problems der sachlich gebotenen und technisch gelungenen Organisation.

## 2. Kriegswirtschaftliche Sachlogik und entpolitisierte Staatlichkeit: die Ideen von 1914

Zwar war (mangels eines Reichsgesetzes über Notstandszeiten) das alte Preußische Belagerungsgesetz in Kraft getreten, so daß die Übertragung der Verwaltungskompetenzen auf die militärischen Wehrbereiche reibungslos von statten gehen konnte. Doch es wurde nur allzu rasch deutlich, daß es mit der Verwaltung allein nicht getan war, wollte man den unerwarteten Anforderungen des sich in die Länge ziehenden Krieges begegnen. Der Krieg war zum totalen Krieg geworden in dem Sinne, daß kein nichtstaatlicher Bereich mehr ohne mittelbare oder unmittelbare militärische Relevanz war. Diese Relevanz machte schließlich die staatliche Sorge um alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte erforderlich, um den militärischen Erfolg zu gewährleisten, ihn überhaupt auf Dauer zu ermöglichen. Das galt aber keineswegs nur für die Rüstungsindustrie und andere Zulieferbereiche für die Truppen. Es galt auch für die Zivilbevölkerung insgesamt. Der Krieg hob die kategoriale Unterscheidung von öffentlicher und privater Sphäre auf. Zur Selbstbeschreibung dieses Phänomens zog man in der öffentlichen Debatte den Begriff des „Kriegssozialismus“ heran.<sup>17</sup> Die Einführung der Brotkarte und damit die Reglementierung der Brotversorgung zu Anfang 1915 war nur der Einstieg in die letztendlich vollständige staatliche Versorgung der Bevölkerung. Die Notwendigkeit tiefgreifender Einschnitte in die Struktur von Gesellschaft und Wirtschaft wurde mit dem Gedanken einer nicht nur militärischen, sondern auch „sozialen Mobilmachung“ verarbeitet. Die Logik „militärischer Notwendigkeiten“ wurde in dem Gedanken der „Mobilmachung“ auf nicht-militärische Bereiche übertragen. Ihren Ausgang nahm diese Entwicklung in der erwähnten Idee der Ressourcenverwaltung von Walther Rathenau. Ihr Vorbild wurde auf viele Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft übertragen. Die „Mobilmachung der Arbeitskraft“<sup>18</sup> war Ausdruck des neuen begrifflichen Stiles, mit dem man im „Krieg der Volkswirtschaften und Völker“ theoretisch operierte. Neben die Mobilmachung der Truppen und der Transportmittel durch den Generalstab traten die Mobilmachung der Finanzkräfte durch die Reichsbank und die Mobilmachung der Wirtschaft<sup>19</sup> in Fragen der Rüstung und schließlich auch die „Mobilmachung der Seelen“,<sup>20</sup> die der moralischen und pädagogischen Ausrichtung der Bevölkerung auf die Kriegsbedingungen dienen sollte und nicht zuletzt wurde die Mobilmachung der sozialpolitischen Kräfte be-

---

17 Braun, *Konservatismus* 1978, S. 17–32 zu den Begriffen Staats- und Kriegssozialismus.

18 Adolf Konrad, *Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst*, in: *Annalen des Deutschen Reichs* 50 (1917) S. 131ff., S. 131.

19 Clemens von Delbrück, *Die wirtschaftliche Mobilmachung* 1924.

20 Ernst Schultze, *Die Mobilmachung der Seelen*, Bonn 1915.

schworen.<sup>21</sup> Allgemein wurden Kompetenzen konzentriert und die Eingriffsbefugnisse des Staates in die Wirtschaft und die Reglementierungsaufgabe des Staates erweitert. Die Frage lautete bereits zeitgenössisch, inwiefern diese Kompetenzkonzentration, diese Eingriffe des Staates in die Wirtschaft nur Ergebnis der Bewältigung einer Ausnahmesituation war, oder Muster der Volkswirtschaft auch in der Nachkriegszeit. Behördlicher Ausdruck dieser Entwicklung war die Schaffung des Kriegsamt im November 1916. Mit seiner Leitung wurde der bisherige Leiter des Feldeisenbahnwesens, Wilhelm Groener beauftragt. Damit schien sich das Grundprinzip des Krieges, die „Organisation“ auch für die Belange der Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen. Groener war nämlich verantwortlich gewesen für die Eisenbahnplanung der Mobilmachung 1914 und hatte diese rein organisatorische Leistung von größter militärischer Bedeutung glänzend bewältigt. Er schien daher wie wenige andere geeignet, auch diese Aufgabe zu lösen. Mit zunehmender zeitlicher Erstreckung erschien der Krieg immer weniger eine rein militärische, nach der Logik von Feldzügen strukturierte Auseinandersetzung zu sein, sondern ein Ringen der Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften. Der Erfolg dieser Auseinandersetzung beruhte daher auch nicht auf dem Heldentum der Soldaten alleine, sondern auf der Effizienz der Organisation der Sachgüter.

Der Gedanke einer ausschließlich nach sachlichen Erfordernissen und Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit orientierten, insofern überparteilichen und damit nach wilhelminischem Verständnis unpolitischen Leitung besaß im Weltkrieg eine große Plausibilität. Der Prestigegewinn des militärischen Denkens über die Unwägbarkeiten der Politik im Weltkrieg beruhte auch auf der Überlegung, daß die Erfordernisse des Krieges es zu ermöglichen schienen, ohne Rücksichtnahme auf parteipolitisch formulierte Gruppeninteressen das Gemeinwohl als Frage der straffen Organisierung aller Ressourcen und Potentiale für das gemeinsame Ziel definieren zu können. Die Überparteilichkeit des Staates schien erst in der Totalreglementierung der Gesellschaft durch den Staat nach Maßgabe eines gemeinsamen Kriegszieles endlich erreicht, der Obrigkeitsstaat modernisierte sich im Krieg selber. Es war daher kein Wunder, daß die ersten grundsätzlich angelegten theoretischen Erörterungen des Krieges, seiner Natur und der zu erwartenden langfristigen und strukturellen Auswirkungen in ökonomischen Überlegungen ihren Ausgang nahmen.

Johann Plenge pries in seiner Kriegswintervorlesung von 1915 den Krieg und betonte, daß entgegen allen geschichtsphilosophischen oder metaphysischen Sinnstiftungs-bemühungen die „Ideen von 1914“, d. h. die im Krieg zum Tragen gelangenden Prinzipien auf dem Gedanken der Organisation beruhten.<sup>22</sup> Es handelt sich um einen rein sachlogischen Vorgang der Wandlung aller staatlichen Gebilde, und was in Deutschland am reinsten beobachtet werden kann, wird bald auch alle übrigen Staaten ergreifen. Das war

---

21 Friedrich Zahn, *Deutsche Sozialpolitik und der Krieg*, in: *Annalen des Deutschen Reichs* 49 (1916) S. 1ff., S. 6; Heinz Potthoff, *Krieg und Sozialpolitik*, Tatflugschriften 6, Jena 1915; W. Zimmermann, *Krieg und Sozialpolitik – volkswirtschaftliche Zeitfragen*, hg. von der Berliner volkswirtschaftlichen Gesellschaft, Berlin 1915.

22 Johann Plenge, *Eine Kriegsvorlesung über die Volkswirtschaft – das Zeitalter der Volksgenossenschaft*, Berlin 1915.

eine modernisierte Variante der alten Idee des Krieges als „Kulturfaktor“, aber immanent gewendet und mit dem begrifflichen Gerüst der Nationalökonomie ausgestattet. Die Chiffre der „Ideen von 1914“ wurde von Plenge fortentwickelt und von Kjéllen popularisiert.<sup>23</sup> Von der ökonomischen Ausgangsbetrachtung war es dann nicht weit zur polemische Entgegensetzung zu den „Ideen von 1789“, den Bürger- und Menschenrechten, der politischen Revolution, der Demokratie im weitesten Sinne. Während Plenge freilich der Auffassung war, daß die Ideen von 1789 durchaus ihre historische Geltung beanspruchen konnten, nun aber auch der Westen sich angesichts der auch dort beobachtbaren Auswirkungen des Krieges auf die Gesellschaft zu den Ideen von 1914 bekannte, gebrauchten die allermeisten Autoren die Entgegensetzung der „Ideen von 1914“ und jener von „1789“ als Stichwort der Herausstellung einer spezifisch deutschen, nichtwestlichen Staatlichkeit.<sup>24</sup> Die „Ideen von 1914“ waren nicht so wirkungsvoll aufgrund ihrer besonderen theoretisch beeindruckenden Leistung, sondern weil sie allgemein beobachtete Erfahrungen mit allseits geteilten Wünschen verbinden und auf den Begriff bringen konnten. Das zeigt sich an der Art, wie die Ideen von 1914 einen Autoren wie den Theologen Ernst Troeltsch, der während des Weltkrieges als Philosoph an die Berliner Universität berufen wurde, beeindrucken konnten.

In einer im März 1916 gehaltenen Rede begrüßte Troeltsch die „Ideen von 1914“ zunächst enthusiastisch. Sie waren Troeltsch zufolge aus einem Erlebnis erwachsen, das er idealtypisch in vier Formen auffächerte: Erlebnis des Geistes, Entdeckung des Volkes als einer einheitlichen Größe, Konstituierung Deutschlands als geschlossener Handelsstaat und Erfahrung der geistigen Isolierung Deutschlands.<sup>25</sup> Troeltsch war der Auffassung, daß die „Ideen von 1914“ erst im Begriff waren, zu Bewußtsein zu kommen: „Noch vermissen wir vielfach die idealistisch-geistmäßige Auffassung der überindividuellen Ganzheit und die individuelle Mitbeteiligung des Einzelnen an seiner Hervorbringung. Noch bewegen wir uns oft in der falschen Alternative mittelalterlichen Herrenstandpunktes und französischer Gleichheit, gläubiger Beamtenverehrung und liberaler Staatslosigkeit“ (S. 618). Im letzten Satz kommt allerdings auch schon das leise Unbehagen von Troeltsch zum Ausdruck, auf der Suche nach dem konkreten Inhalt der „Ideen von 1914“ schütte man das Kind mit dem Bade aus. In der Parole „Staatssozialismus und Bildungsindividualismus“<sup>26</sup> wollte Troeltsch Modernität mit Kulturideal in Verbindung bringen. Die nähere Erfahrung mit der Kriegswirtschaft und der bürokratischen Organi-

---

23 Johann Plenge, *Der Krieg und die Volkswirtschaft*, 2. Aufl. Münster 1915, Rudolf Kjéllen, *Die Ideen von 1914*, Leipzig 1916; Johann Plenge, *1789 und 1914: die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes*, Berlin 1916.

24 Vgl. u. a. Edgar Julius Jung, *Der deutsche Staatsgedanke im Gegensatz zum westmächtlichen und antiken*, in: *Deutscher Staatsgedanke und Deutsche Kultur*, Straßburg 1918; J. H. Walkenier Kips, *Der deutsche Staatsgedanke*, 1916 = Zwischen Krieg und Frieden Heft 38; Rudolf Kjéllen, *Der Staat als Lebensform*, Leipzig 1917.

25 Ernst Troeltsch, *Die Ideen von 1914*, in: Die Neue Rundschau 27 Band 1 (1916) S. 605–624, in: ders., *Deutscher Geist*, 1925, S. 31–58, eine im März 1916 vor der Deutschen Gesellschaft von 1914 gehaltene Rede. Vgl. zu ihr: Krüger, *Nationalökonomie*, 1983, S. 203f.; Drescher, *Ernst Troeltsch*, 1991, S. 442.

26 Ernst Troeltsch, *Deutsche Idee der Freiheit*, in: ders., *Deutscher Geist*, 1925, S. 80–107, S. 103.

sation weiter Teile der Gesellschaft führte alsbald zu einer vorsichtigeren Abwägung nicht nur der Vorteile, sondern auch der Kosten. In einer Art Rezensionen-Abhandlung<sup>27</sup> zu Plenges Buch über die Ideen von 1914 diskutierte Ernst Troeltsch ein Jahr später die Auswirkungen dieser „Ideen“ für das staatliche und gesellschaftliche Selbstverständnis Deutschlands. Wie er selber sagte, habe sich seine Rezension um einige Zeit verzögert, da er sich nach seinem Umzug nach Berlin erst in vielen Gesprächen mit Theoretikern und Praktikern der „Kriegsorganisation“ in die Materie habe einarbeiten müssen. Damit wollte er andeuten, daß er nun über neue Informationen verfügte, die seinen ersten leidenschaftlichen Enthusiasmus relativiert hatten.<sup>28</sup> Seine nun vorgetragene Hauptkritik an Plenge beruhte auf dem Vorwurf, daß er von der Stimmung des Kriegsausbruchs ausgehend diese zur Grundlage einer ganzen entwicklungsgeschichtlichen Theorie erhoben habe, wonach mit dem Krieg und in Deutschland an der Spitze der europäischen Entwicklung das Organisationsprinzip zum Tragen gekommen sei. Die Frage war, ob diese Stimmung nur Anlaß der „Ideen von 1914“ sein konnte, oder gar ihr tragender Grund. Hier war Troeltsch mittlerweile äußerst skeptisch geworden. Die Überzeugung von dem Anbruch einer neuen Ära, die mittels der „Ideen von 1914“ die maßgeblichen innenpolitischen Probleme zu lösen vermochte, betrachtete Troeltsch als Glaube an den Zukunftsstaat schlechthin (S. 332), der aus dem Wunsch heraus die Fakten nicht mehr zu lesen imstande sei. Denn was etwa Deutschland institutionell vom Westen unterscheide, vor allen Dingen sein überkommener Föderalismus, schien doch vielmehr ein Hindernis für den Fortschritt der politischen Ordnung zu sein, als ein Indiz deutscher Fortschrittlichkeit in der Welt. Schließlich vermochte Plenge nach Troeltschs Auffassung nicht den tatsächlichen Schwerpunkt der Problematik zu lösen: der Eintritt in den Sozialismus (welcher nach Plenge ein Kriegs- und Staatssozialismus war), „ehe wir die notwendige demokratische Entwicklung vollendet haben und daher mit diesem gegen zwei Fronten zugleich stehen, gegen die rationalistisch-selbstzufriedene Demokratie einerseits und gegen den seine Vorrechte in letzter Stunde festigenden und verstärkenden alten Klassenstaat“ (S. 321). Denn für Troeltsch handelt es sich bei den „Ideen von 1789 und 1914“ keineswegs um einen dialektischen Gegensatz, wie es Plenge behauptete. Das alte Prinzip konnte nicht im neuen aufgehoben werden, ohne dort weiter sichtbar zu existieren. Troeltsch hielt nicht nur ein erforderliches Maß an Humanismus und Individualismus, welches 1789 zum Prinzip erhoben worden war, weiterhin für verteidigungswert, sondern sogar für eine Voraussetzung des von Plenge entwickelten Zukunftsstaates. Ohne diese „Ideen von „1789 drohten für Troeltsch die von Plenge beschriebenen Vorgänge nur zu einer einseitigen Zurückdrängung des Individualismus zu führen, und zwar zugunsten eines seinerseits ganz einseitigen „Beamtenstaates“ im Sinne einer „Kooperation der hohen Beamten mit den Interessenverbänden“ (S. 321). Diese Form der auf sich selbst bezogenen Organisations- und Verwaltungslogik sah Troeltsch mit größter Kritik auf sich zukommen. So war seine Frage an Plenge: „Was wissen wir heute schon von diesen

---

27 Ernst Troeltsch, *Plenges Ideen von 1914*, in: *Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung* 5 (1917) S. 309–343.

28 Sösemann, *Das „erneuerte Deutschland“*, 1984, S. 127 weist auf die bessere Informationslage in Berlin bezüglich der militärischen Lage hin und datiert den Wandel mit dem Umzug nach Berlin.

Ideen von 1914? Sie liegen nicht auf der Straße und stehen in keinem Lehrbuch“ und in dem handschriftlichen Zusatz setzte er fort: „sind keine Theorie und keine Deduktion aus dem Wesen des Deutschtums, das erst heute überhaupt sich formt“. „Sie wachsen in diesem Moment in uns selbst und mit uns selbst. Der Krieg geht nicht um sie und hat sich an ihnen nicht entzündet. Vielmehr folgen sie ihm und gehen aus ihm erst hervor“.<sup>29</sup> Aber das war zunächst einmal nur Ausdruck der Verunsicherung und des Abwartens.

Die Begeisterungsfähigkeit für die Leistungen des Staates und die Überzeugung, im Kriege ein Modell für den modernen Staat zu erblicken machte alte liberale Ideen kurzzeitig vergessen. Die Sorglosigkeit, mit welcher man das staatsorganisatorische Denken weitestgehend uneingeschränkt feierte, übersah, daß man auch ganz andere Schlüsse aus ihm ziehen konnte. In der Stimme des jungen und noch weitgehend unbekanntem Carl Schmitt erhob die Schule des Etatismus ihr Haupt.

Für Schmitt wurde der Krieg zum erkenntnistheoretischen Fixpunkt bei der Frage, worin das Wesen der Staatlichkeit zu finden sei. Die oben geschilderten Beobachtungen der organisatorischen Bedeutung der Verwaltungstätigkeit als Kern der militärischen Selbstbehauptung machten es für Schmitt evident, daß die Exekutive sich nicht in der Ausübung vorgegebener Handlungen erschöpft, insbesondere nicht in legislativ reglementierten Verhaltensweisen, sondern sich in der Verwaltung das Wesen der Staatlichkeit selbst offenbart, und zwar in einer Art und Weise, die dem legislativen oder judikativen Zugriff verschlossen blieb. Der Krieg hatte rein organisatorisch einen sehr starken Schub der Konzentration staatlicher Behörden auf der Ebene des Reiches erbracht. Das ging zunächst zu Lasten des Reichstages, der in dem Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 zentrale Kompetenzen an den Bundesrat abgab, damit aber nur verdeckte, daß eine Delegation legislativer Gewalt auf die Exekutive erfolgte.<sup>30</sup> Die Eigenstaatlichkeit der Verbündeten Regierungen und Monarchen hatte in bestimmten Bereichen kaum mehr als protokollarische Qualität.

Die Verwaltungstätigkeit im Kriege lernte Schmitt im Zusammenhang mit seiner Beschäftigung in der Kriegsverwaltung in München<sup>31</sup> kennen. Die erste bedeutende Frucht dieser Erfahrungen und ihrer gedanklichen Reflexion war der Aufsatz *Diktatur und Belagerungszustand*.<sup>32</sup> Später folgte dann die noch heute ideengeschichtlich bedeutsame Schrift *Die Diktatur* von 1921, die aber bereits die veränderten Verhältnisse unter den Bedingungen der Republik miteinbezieht. Der Staat ist nach Schmitts Vorstellung von 1916 zunächst und zumeist Verwaltung: „Die Verwaltung ist mehr als der bloße Vollzug

29 Ernst Troeltsch, *Die Ideen von 1914*, in: ders., *Deutscher Geist*, 1925, S. 31–58, S. 33.

30 Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, 1975ff., Bd. 5, S. 63f. sieht damit eine Kette von Ermächtigungsgesetzen eröffnete, deren Kontinuität bis zum Ermächtigungsgesetz vom März 1933 reicht.

31 Nach seiner Habilitation in Straßburg erhielt er eine Stelle in der Generalkommandantur des I. Armeekorps und war ab 1917 im bayrischen Kriegsministerium beschäftigt, vgl. die Angaben bei Tommissen, *Bausteine*, 1988, S. 76; vgl. auch Bendersky, *Carl Schmitt*, 1983, S. 19, der auch den Bezug zu einer verstärkten Beschäftigung mit Problemen des Staatsrechts in dieser Zeit konzipiert.

32 Carl Schmitt, *Diktatur und Belagerungszustand*, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 38 (1916/17) S. 138–161, vgl. auch Hofmann, *Legitimität*, 1995, S. 116.